

Grauzone #4

Lange ist es her!

Leider ist es schon über zwei Monate her, seitdem ihr die letzte Ausgabe der Grauzone in euren Händen halten durftet. Uns kamen leider organisatorische, wie private Probleme und unsere restliche politische Arbeit dazwischen und so können wir euch so leid es uns tut erst jetzt wieder eine neue Ausgabe der Grauzone präsentieren. Für unsere Abonnenten heißt das natürlich nichts Schlimmes. Jeder der für 12 Ausgaben bezahlt, bekommt auch 12 Ausgaben. Ohne WENN und ABER!

Dadurch dass wir jetzt auch mehr Meldungen zur Auswahl hatten, haben wir den Umfang der vierten Ausgabe auf 24 Seiten erhöht und die Auflage auf 700 Stk. herabgesetzt, da wir von der Nummer 3 einige Ausgaben übrig hatten. Ziel für die nächsten Ausgaben sollte es jetzt sein, den Leserkreis zu erweitern! Mit der Grauzone sollen gerade jene angesprochen werden, die über keinen Internetanschluss verfügen, doch wie wir feststellen mussten, wissen nur die wenigsten Leute ohne Internet von der Grauzone. Solltet ihr eure Grauzone also gelesen haben gebt sie doch an andere Kameraden weiter, oder bestellt gleich mehrere Ausgaben (Preisliste auf der vorletzten Seite).

Auf die Hochglanz/Vollfarbumschläge müssen wir leider noch etwas warten. Aufgrund der geringeren Auflage ist die Realisierung leider noch nicht möglich, was aber noch kommen kann. Schließlich benötigt ein Zeitungsprojekt immer einige Zeit um bekannt zu werden.

Inhalt: Aufgrund der langen Zeitspanne über die wir berichten ist das Angebot an Texten breit gefächert und geht vom 8. Mai über Sozialproteste bis hin zu Repressionen wie dem Verbot der ANSDAPO. Dabei können wir leider nicht verhindern, dass einige Themen schon veraltet sind. Wir hoffen, dass es in Zukunft wieder reibungsloser gegen wird.

Preis: Am Preis hat sich wie immer nichts geändert. Eine Preisliste mit den genauen Preisen findet ihr auf der vorletzten Seite.

Mit besten Grüßen

Eure FW/Grauzone Redaktion

Themen dieser Ausgabe...

Anklage wegen Schulhof-CD in Stendal +++ Berlin/Brandenburg: ANSDAPO verboten +++ Hamburg-Harburg im Schatten der politischen Polizei +++ Bericht zur Demo in Trier +++ Eurorechte im Blick-punk: Ernüchterung +++ Für ein ehrenvolles Gedenken in Wunsiedel +++ Wunsiedel: Verbots-verfügung endlich da! +++ Hamburg 2. Juli 2005: Kein Forum für Pädophile +++ Erfolgreiche Demonstration gegen Friedman +++ Erfolgreiche Demo gegen Kapitalismus in Weißwasser +++ Aktivist aus Gesinnungshaft entlassen +++ Saarlouis: Verfahren eingestellt +++ Kamerad Gerhard Lauck muß Domänen an die BRD abtreten +++ Wieder Anwerbeversuch durch Thüringer Verfassungsschutz +++ Aktivitäten im Vorfeld der Demonstration am 2. Juli in Hamburg +++ „Alles für Deutschland“ strafbar! +++ Gotha: Erneute Anquatschversuche durch den VS +++ 25.06. Erfurt: Sommer- Sonne – Sozialproteste +++ Wunsiedel: Einiges zur Rechtslage im Vorfeld der Veranstaltung +++ Demonstration in Heilbronn am 18.06. +++ Halbe: Heldengedenken ist jeden Tag... +++ Halle: Gedenken den mitteldeutschen Freiheitskämpfern +++ Halbe: Sieg vor dem Oberverwaltungsgericht +++ Bürger Courage und die vermeintliche Wirklichkeit +++ Fest der Völker: Europa feierte – die BRD eierte... +++ Bericht Sangerhausen/Merseburg +++ Demonstration gegen behördliche Willkür in Sangerhausen +++ Demokratisches Musterland Sachsen-Anhalt +++ Jenaer Polizei schiebt Überstunde(n)... +++ Marienfels: Demonstrationen erfolgreich fortgesetzt +++ NRW: Der 22. Mai aus freier Sicht – ein Wahlkampfesumee +++ Bericht: Demo in Essen vom 21.05.2005 +++ Polizei stürmt rechtswidrig eine Grillparty und verletzt Gäste +++ Bericht zur Demo in Wuppertal +++ Nationaler Protest gegen EU-Verfassung in Schwerin +++ Markt der (un-)Kulturen in Pirna +++ Würdiger und erfolgreicher Gedenkmarsch am 8. Mai in Remagen +++ 8. Mai, Delitzsch u.a. +++ 8. Mai, Berlin: Weder feiern, noch Demonstrieren! ... mehr auf www.freier-widerstand.net

Wichtige Veranstaltungen ab Juli '05

(Weitere Veranstaltungshinweise auf Seite 7)

16.07. Lübeck

12 Uhr, Hauptbahnhof

30.07. Hamburg

12 Uhr, S-Bahn: Berliner Tor

02.08. Leverkusen

19:30 Uhr, Bahnhof Opladen

17.08. Altenburg

19 Uhr, Rossplan Altenburg

03.09. Berlin

// keine Infos bekannt

22.07. Ueckermünde

14 Uhr, Marktplatz

30.07. Stralsund

11 Uhr, Hauptbahnhof

03.08. Köln

20 Uhr, Ebertplatz

20.08. Wunsiedel

10 Uhr, Festplatz am Bürger...

22.10. Niederlande

// keine Infos bekannt

23.07. Lübeck

12 Uhr, Hauptbahnhof

30.07. Duisburg

12:00 Uhr, Hauptbahnhof

13.08. Heidenheim

12 Uhr Bahnhof

03.09. Oldenburg

11 Uhr, Hauptbahnhof

29.20. Göttingen

11 Uhr, Hauptbahnhof

Repressionen:

Polizei stürmt rechtswidrig eine Grillparty

Am Freitag den 20.5 stürmte eine Einsatzhundertschaft der Polizei eine Grillparty in Sondershausen. Die Polizei brach das Tor zum Grundstück des Geschädigten mit Hilfe eines Polizei-Pkw auf und verschaffte sich somit Zugang zum Grundstück. Die Gäste versuchten sich innerhalb des Gebäudes in Sicherheit zu bringen. Die Polizei sprühte große Mengen an Pfefferspray in die Räumlichkeiten wodurch sich viele Gäste zu den ohnehin schmerzhaften Auswirkungen dieser Substanz auch noch erbrachen. Die Gäste die teilweise kaum noch sehen und Luft holen konnten wurden nachdem rechtswidrigen Eindringen in die Räumlichkeiten durch Knüppel und

Faustschläge der Polizeibeamten malträtiert. Das sich auch die Familie des Geschädigten innerhalb des Hauses aufhielt schien die Polizeieinsatzleitung nicht sonderlich zu interessieren. Dies war allerdings nicht der erste Übergriff gegen die Familie und deren Gäste. Die starke Repression welcher die Familie seit Monaten bereits ausgesetzt ist, ist offenbar auf die energischen Bemühungen des Landtagsabgeordneten Matthias Gärtner (PDS) zurück zu führen, welcher bei ähnlichen Stürmungen mit vor Ort und sogar auf dem Grundstück des Geschädigten zu gegen war.

Weiter auf Seite 20...

Aufruf: Nicht nur zuschaun, auch mal zuhau!

Nein, das ist kein Aufruf zur Körperverletzung, sondern ein Aufruf zur aktiven Mitarbeit an der Grauzone! Leider fehlt es an Artikeln, da wir leider nicht an jeder Aktion im gesamten Bundesgebiet teilnehmen können. Deshalb von uns der Aufruf an alle Aktivisten:

Haut in die Tasten, schreibt Berichte über bereits geschehene Veranstaltungen, oder sonstige Ereignisse und schickt sie an uns! Wir können nur über Dinge berichten, die uns bekannt sind!

Anklage wegen Schulhof-CD in Stendal

Von: Störtebeker – 14.07.2005

+ www.freier-widerstand.net/?id=645

Wie sich der eine oder andere unserer Leser sicherlich noch erinnern wird, machte im Sommer vergangenen Jahres das sogenannte „Projekt Schulhof“ von sich reden. Ein Projekt freier Nationalisten und nationaler Musikgruppen, daß die kostenlose Verteilung von etwa 50.000 CDs mit einem Querschnitt durch die nationale Musikwelt an Schüler vorsah. Titel der CD: „Anpassung ist Feigheit“. Dazu gab es ein Booklet mit nationalen Inhalten und einer Adressenliste von ca. 50 nationalen Organisationen. Unglücklicherweise rührte man die Reklametrommel jedoch etwas zu früh, so daß der Staat nach anfänglichem Zögern im letzten Augenblick noch die Zeit fand, das Projekt unter fadenscheinigen Gründen wegen angeblicher schwerer Jugendgefährdung verbieten zu lassen. Als Handlanger dafür fungierte das Amtsgericht Halle, das im vergangenen Jahr einen bundesweiten Beschlagnahmebeschluß erlassen hatte.

Bei einer Razzia im Juli 2004 fand man beim Nationalisten Lutz W. aus Kuhlhausen (Altmark) einen Lieferschein, auf dem er die Annahme von ca. 50.000 CDs bei einem Spediteur quittiert hatte. Die CDs wurden bei einer Firma in der Tschechei produziert. Allerdings fehlt von diesen nach wie vor jede Spur. Ungeachtet dessen soll sich W. nunmehr vor dem Amtsgericht Stendal in dieser Angelegenheit verantworten müssen. Wie das Gericht am 11. Juli mitteilte, wurde jetzt Anklage gegen ihn erhoben. Allzu sicher scheint sich das Gericht jedoch mit seiner Anklage nicht zu sein, da es bislang auf Fragen, worauf sich der Tatverdacht denn begründe keine Angaben machte. Dem Angeklagten droht laut Jugendschutzgesetz eine Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr. Ob es jedoch tatsächlich zu einer Verurteilung kommt, steht jedoch noch dahin, da die 19 Titel bereits damals schon von Rechtsanwälten untersucht und für unbedenklich befunden wurden. Beim Beschlagnahmebeschluß des Amtsgerichtes Halle handelte es sich vermutlich um eine der bekannten staatlichen Schaufensteraktionen, die interessierten Kreisen einen kompromißlosen Kampf gegen Rechts vorgaukeln sollen, einen Kampf, der sich bei näherer Betrachtung jedoch für gewöhnlich als willkürliche Rechtsbeugung herausstellt.

Der Prozeß gegen Lutz W. soll im Herbst beginnen.

Mit der Beschlagnahme gehörte das Projekt Schulhof allerdings keineswegs der Vergangenheit an. So wurde der Name von der sächsischen Landes-NPD übernommen, die allerdings dann eine

CD mit eigenen Titeln herausbrachte. Auch hier gab es eine zeitweilige Beschlagnahme, die allerdings nach richterlicher Begutachtung wieder rückgängig gemacht wurde.

Berlin/Brandenburg: ANSDAPO verboten

Von: FW Redaktion – 14.07.2005

+ www.freier-widerstand.net/?id=644

Und schon wieder berichten die Medien über das Verbot einer Kameradschaft in Brandenburg. So wurde heute die „ANSDAPO“ vom Brandenburger Innenministerium verboten. Der Gruppe sollen ca. 20 Personen angehören bei denen heute in den Morgenstunden Hausdurchsuchungen stattgefunden haben. Betroffen waren neben Kameraden in Brandenburg laut Medien auch Kameraden aus Berlin.

Die ANSDAPO ist nach dem Verbot der Kameradschaft Hauptvolk/Sturm 27 (siehe Grauzone #3) die dritte Kameradschaft die im Land Brandenburg verboten wurde. In Berlin wurden zuletzt die Kameradschaft Tor Berlin, sowie die Berliner Alternative Süd-Ost (BASO) verboten (siehe Grauzone #2). Zumindest gegen das Verbot der BASO wird zur Zeit noch geklagt.

Begründet wurde das Verbot wie schon bei den vorherigen Verboten mit einer Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus. Außerdem sollen sämtliche Mitglieder regelmäßig durch strafbare Handlungen aufgefallen sein (Der letzte Satz stützt sich auf einen Bericht aus den Massenmedien und muss deshalb nicht der Wahrheit entsprechen).

Gerade in Berlin und Brandenburg sollte man sich Gedanken über eine Umstrukturierung machen. Verbote verhindern zwar nichts und es wird auch ohne den Namen „ANSDAPO“ weitergehen, jedoch schreckt es viele auch ab und die innerorganisatorische Arbeit war umsonst.

Hamburg-Harburg im Schatten der politischen Polizei

Von: Widerstand Harburg – 13.07.2005

+ www.freier-widerstand.net/?id=637

Hamburg. Im Stadtteil Hamburg-Harburg haben in den letzten zwei Monaten Belästigungen durch die politische Polizei ("Staatsschutz") zugenommen. Es sind bereits mehrere Fälle bekannt, wo nationale Menschen ungebeten Hausbesuch von Staatsschutz-Beamten kamen. Insbesondere jüngere Kameraden, die noch zu Hause bei ihren Eltern wohnen, sollen auf diese Weise offensichtlich eingeschüchtert und zum Ausplaudern gebracht werden. Hier Auszüge aus

einer von örtlichen Aktivisten erstellten Dokumentation:

Am 10.05.05 bei A.:

Am 10.05. klingelte es bei A. an der Tür. Da A. keinen Besuch erwartete, öffnete er nicht. Später befand sich ein Schreiben der Staatsschutzabteilung der Polizei-Hamburg, von einem Herrn Köster unterschrieben, in seinem Briefkasten. In diesem Schreiben wird um Kontaktaufnahme gebeten und zu einem Termin eingeladen, an dem das Thema 'Rechte und Linke Szene in Harburg' erörtert werden sollte.

Am 17.05.05 bei T.:

Am 17.05.05 um ca. 19.00 Uhr kamen ein Mann und eine Frau, die sich als "Jugendschutzpolizei" ausgaben, zu T. nach Hause. Die Frau war ca. 1,65m groß, hatte schulterlanges braunes Haar, trug eine schwarze Lederjacke, eine dunkelblaue Jeans und dunkle Stiefel. Der Mann war ca. 1,80 m groß, hatte schütteres graues Haar, trug eine silberne Brille mit ovalen Gläsern, eine schwarze Lederjacke, eine schlechtsitzende hellblaue Jeans und dunkle Schuhe.

Sie fragten T., ob sie eintreten dürften, worauf T. ihnen entgegnete, daß dies nicht in Frage käme. Sie sagten weiter, daß sie ein klärendes Gespräch mit T. suchen würden und ob er von ein paar gewissen Vorfällen wüsste. Unter anderem wurde T. gefragt, ob er von Plakatieraktionen wüsste oder ob er Namen nennen könnte, die mit Plakatieraktionen was zu tun haben könnten. Außerdem erwähnte der Polizist, daß T. angeblich aktenkundig wäre und das man so einiges über T. wüsste. Die Polizistin widersprach ihrem Kollegen jedoch, fiel ihm dabei ins Wort und behauptete, daß sie nicht mit dem LKA kooperieren würden. (Guter Bulle, böser Bulle...). T. sagte in diesem ganzen Gespräch nichts und gab ihnen keine Antworten auf Ihre Fragen. Er bekundete lediglich, daß er keinerlei Interesse an ihnen und ihren Gesprächen hätte. Er verabschiedete sich und schloss die Tür.

Am 20.05. telefonisch bei S.:

S. wurde von der angeblichen "Jugendschutzpolizei" angerufen, welche um ein Termin für ein gemeinsames Gespräch bat. Inhaltspunkte sollten geplante und vergangene Aktionen und Vorkommnisse in Harburg sein. Des weiteren sollte über "Harburger Gruppierungen" und deren Führungspersonen gesprochen werden.

Am 20.06. bei F.:

Hier waren 3 LKA-Beamte und suchten ein Gespräch zu den Themen: Auseinandersetzungen zwischen Rechts/Links bzw. Rechts/Ausländer in Harburg. F. war selber nicht anwesend, die Kontaktaufnahme erfolge mit der Mutter des Kameraden. Ein Beamter gab sich als Herr Köster aus. Die Beamten gaben weiter an, mit F. sprechen zu wollen, um weiteren "Eskalationen" vorzubeugen. Da F. nicht anwesend

war, kündigten sie an, sich wieder zu melden. Dies geschah am 23.06. in schriftlicher Form mit Bitte um ein Gespräch und Rückmeldung mit Terminvorschlag. Der Brief war von Herrn Köster unterschrieben.

Am 21.06. Kontaktversuch auf einer Abi-Feier mit St.:

Auf einer in Harburg bekannten Abi-Feier wurde St. eine Visitenkarte zugesteckt. Der Mann in Zivil kam auf ihn zu, drückte ihm die Karte in die Hand und bat ihn, sich doch einmal zu melden. Auf die Nachfrage, "Warum?", entgegnete der Herr, er möchte mit ihm über die Gefahren der Rechten Szene sprechen, sowie über Führungspersonen, die ihm bekannt wären. Angaben auf der Visitenkarte: Name: Harmel, PK 45 / POK Nöldekestr. 17, 21079 HH, 040 / 428 6545 10 Fax: - 15

Am 14.06. und 27.06. bei J.:

Am Nachmittag des 14.06. klingelten 2 Personen an der Haustür. J. war nicht anwesend, so daß seine Mutter öffnete. Die Personen fragten nach J., worauf die Mutter sagte, daß J. nicht da wäre. Worum es denn ginge, fragte die Mutter die Besucher. Der Mann antwortete nur plump: "Ihr Sohn ist alt genug dafür, daß wir selber mit ihm sprechen können". Sie kündigten an, wieder zu kommen.

Dies geschah am 27.06. gegen 15 Uhr. J. war gerade mit der Familie und einigen Trauergästen von einer Beerdigung zurückgekehrt, als es an der Tür klingelte. Der Vater öffnete und sagte zu J., ein älterer Herr und eine jüngere Dame verlangten nach ihm. J. ahnte schon, wer da ist und ging zur Tür. Die beiden grüßten freundlich mit den Worten: "Schönen guten Tag, Polizei Buchholz, wir würden gerne mit ihnen sprechen". Dabei streckte der Mann J. kurz seinen Ausweis entgegen und zog ihn gleich wieder weg. J. fragte die beiden Personen nach ihren Namen. Diese stellten sich dann als Herr Bolt und Frau von Haarhaus vor. J. bat die Personen nochmals, ihre Ausweise vorzulegen, was diese aber ablehnten. Auf die Frage, worum es denn ginge, antwortete Herr Bolt: "Um Geschehnisse im Landkreis Harburg, um J. selber und um weitere Einzelpersonen. J. sagte: "Kein Interesse!" und wollte die Tür schließen, worauf der Herr noch mal schnell fragte: "Nein, ehrlich nicht? Alles gut wie es ist?" J. antwortete mit "Ja" und schloss die Tür. Vom Fenster aus notierte er sich das Kennzeichen des silbernen Passats, mit denen der Besuch wegfuhr: HH-CW 1836. Polizei Buchholz mit Hamburger Kennzeichen? Personenbeschreibung:

Herr Bolt, um die 50 Jahre alt, kurze dunkle Haare, kariertes Hemd, Jeans, ca. 175 - 180 cm groß. Frau von Haarhaus: Etwas kleiner, beiges Kleid, etwa schulterlanges lockiges Haar. Brille, unattraktiv, etwa um die 30 Jahre alt.

Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in

diesem Zeitraum bei weiteren nationalen Menschen und es ist davon auszugehen, daß es zu weiteren Belästigungen kommen wird. Grund für diese polizeiliche Wühlarbeit dürften vermutlich die zunehmenden politischen Aktivitäten im Raum Hamburg-Harburg in den vergangenen Monaten sein, die das System nur zu gerne unterbinden würde. Die hier genannten Betroffenen haben vollkommen richtig darauf reagiert und die Anquasselsversuche abgeblockt.

Bericht zur Demo in Trier

Von: KS Bergstrasse - 13.07.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=643

Am 6. August 1945 zerstörte der Abwurf der ersten amerikanischen Atombombe die japanische Stadt Hiroshima! Drei Tage später folgte der zweite nukleare Angriff der USA auf die Stadt Nagasaki.

Allein diese beiden Atomschläge der USA löschten das Leben von 400.000 Männern, Frauen und Kindern aus! Viele starben sofort im Feuersturm dieser Angriffe auf japanische Großstädte, andere starben und sterben noch heute an den Spätfolgen der radioaktiven Verseuchung!

Der Internationale Gerichtshof hat am 08.07.1996 die Völkerrechtswidrigkeit eines Einsatzes und der Androhung des Einsatzes von nuklearen Waffen festgestellt! Durch den Nichtweiterbreitungsvertrag ("Non-Proliferation-Treaty") ist die Weitergabe von Atomwaffen verboten. Dennoch befinden sich auf den US-Stützpunkten Ramstein, Spangdahlem und dem ebenfalls von den US-Besatzungstruppen genutzten Luftwaffenstützpunkt der Bundeswehr in Büchel/Eifel eine unbekannte Zahl von Atomwaffen in Deutschland!

Das in Büchel/Eifel beheimatete Jagdbombergeschwader der Bundesluftwaffe übt mit US-Nuklearwaffen den Einsatz dieser Waffen! Diese Nuklearwaffen werden von den USA bereitgestellt und auf dem Luftwaffenstützpunkt gelagert. Diese Waffen sind Besitz und unterliegen der Kontrolle der Amerikaner - hier bei uns - in DEUTSCHLAND !!!

Grund genug um am 09.07.05 in Trier auf die Straße zu gehen und gegen diese Mißstände zu demonstrieren. So versammelten sich dann auch ca. 90 Nationale Sozialisten, um unter dem Motto „Imperialismus bekämpfen - U.S. Atomwaffen verschrotten!“, ihre Forderungen auf die Straße zu tragen. Der obligatorische Wanderzirkus, bestehend aus Antifas, verlausten Punks, Gewerkschaftsbonzen und diverser Gutmenschen, durfte natürlich nicht fehlen. Deren Personenpotential dürfte ca. 300 Leute betragen haben, was bedingt durch das wochenlange

Bitten und Bettel der Systempresse, doch unbedingt gegen die Nazis auf die Straße zu gehen, eher erbärmlich erscheint. Auch die rheinland-pfälzische Polizei ließ sich dieses mal nicht lumpen und fuhr Wasserwerfer und 1.000 Mann Bereitschaftspolizei auf. Vermutlich hat man aus den Fehlern der 1. Mai Demonstration in Worms gelernt, als man sich von linksextremen Gegendemonstranten förmlich „steinigen“ ließ.

Die Demonstration verlief ohne Störungen und so konnten die Anwohner den Redebeiträgen von u.a. Kamerad Reitz und Kamerad Klettenhofer lauschen, welche mit ihren Reden zu begeistern wussten. Trotz der guten Redebeiträge sollte die Versammlungsleitung auch Kritik zur Kenntnis nehmen. Etwa dass die viel zu wenigen Ordner, viel zu häufig tatenlos blieben. So hatte die Demonstration viel mehr den Charakter einer Wanderung. Einen Ordner der die Teilnehmer dazu aufrief in ordentlichen Blöcken zu demonstrieren, suchte man vergebens. Viele liefen kreuz und quer durch die Gegend, manche brachten es auch noch fertig, während der Kundgebungen zu rauchen - auch hier nahm man jede Disziplinlosigkeit hin. Das Beschallen der Demonstrationsteilnehmer, um bspw. Wartezeiten mit Musik zu überbrücken, mag eine gute Idee sein - dies aber auch an Stelle von aussagekräftigen Parolen fast die ganze Demonstrationsstrecke über zu tun, grenzt an Schwachsinnigkeit. Sicherlich ist es zu begrüßen wenn sich der Nationale Widerstand neuen Jugendkulturen und Musikrichtungen öffnet, allerdings dürfen unsere Demonstrationen nicht chaotischen und völlig undisziplinierten Antifa-Demonstrationen gleichen. Wir Nationale Sozialisten müssen Vorbild sein und der BRD-Gesellschaft unsere Gemeinschaft vorleben. Ein Gemeinschaftsgefühl kam leider nur sehr selten auf und ein diszipliniertes Auftreten suchte man ohnehin vergebens. Viele der profilierungssüchtigen Kameraden, welchen man nicht den guten Willen absprechen sollte, gleich welcher Jugendkultur sie auch angehören mögen, sollten nie vergessen, dass auch sie sich unserer Weltanschauung bedingungslos unterzuordnen haben. Man kann nicht nach etwas Großen streben, was nicht mal im Kleinen gelingt.

Eurorechte im Blick- punkt - Ernüchterung

Von: Nation & Europa - 12.07.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=638

Anfang Mai hatten wir an dieser Stelle geschrieben: "Wenn nicht noch ein Wunder geschieht, wird die bevorstehende Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen den patriotischen Parteien keinen Lorbeer bringen." Das Wunder ist erwartungsgemäß ausgeblieben. Die Nationaldemokraten

landeten bei 0,9 Prozent (vorher: 0,0 Prozent), die Republikaner bei 0,8 Prozent (zuvor: 1,1 Prozent). Damit verfehlten beide Parteien ihr Minimalziel: den Erhalt staatlicher Wahlkampfkostenerstattung. Die NPD trat allerdings in nur 104 Wahlkreisen an, die REP in allen 128. Hochgerechnet liegen die Nationaldemokraten rund 20 Prozent vor den Republikanern - was aber kein echter Trost sein kann und für eine vorgezogene Bundestagswahl auch nichts Gutes bedeutet. Das Neun-Prozent-Signal aus Sachsen droht durch die Niederlagen in den westlichen Bundesländern zu verblassen. Hier fehlen die Organisationsstrukturen, und der alte Konkurrenzkampf wird verbissen fortgesetzt, weil REP-Vorsitzender Schlierer allen Einigungsvorschlägen abhold ist. Die Szenerie im Überblick:

Deutschland

An der Veranstaltung der "Jungen Nationaldemokraten" (JN) zum 60. Jahrestag der deutschen Kapitulation nahmen in Berlin rund 3500 Bürger teil. Sie konnten allerdings den geplanten Demonstrationzug nicht antreten, weil die Polizeiführung unter politischem Druck darauf verzichtete, die Straße von linken Blockierern zu räumen. Der Jurist Wolfgang Leist, Autor eines Standardwerks über das Versammlungsrecht, hält das offenbar koordinierte Vorgehen von Polizei und Gegendemonstranten für "klar rechtswidrig". Eine Demonstration, die genehmigt sei, müsse stattfinden können, erklärte Leist in der Tageszeitung "Die Welt". Die Polizei habe "eine Bringschuld, das heißt, sie muß alle Hindernisse auf der vorgeschriebenen Strecke aus dem Weg räumen".

Polizeipräsident Dieter Glietsch versuchte die Untätigkeit seiner Beamten mit der Behauptung zu rechtfertigen, eine Räumung der Straße wäre "unverhältnismäßig" gewesen. Dagegen Leist: "Wie würde die Diskussion wohl aussehen, wenn 2000 NPD-Anhänger eine genehmigte Demonstration von friedlichen Bürgern blockiert hätten und die Polizei nicht eingeschritten wäre."

JN-Bundesvorsitzender Stefan Rochow wertete den Bruch der Demonstrationsfreiheit als Beweis dafür, "wie verkommen und intrigant die regierende politische Klasse in Deutschland geworden ist". Trotzdem habe die Versammlung auf dem Berliner Alexanderplatz mit ihrem hohen Anteil junger Teilnehmer verdeutlicht, "daß nicht alle Deutsche bereit sind, sich am Schuld- und Sühnekult selbsternannter Gutmenschen zu beteiligen".

Der NPD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag, Holger Apfel, der zugleich auch Parteichef Udo Voigt vertritt, nutzte die Debatte über das Versammlungsrecht, um sich nochmals zur Demokratie zu bekennen: "Wir Nationaldemokraten achten das

Grundgesetz, treten aber gleichzeitig dafür ein, Artikel 146 GG zu verwirklichen und Deutschland eine Verfassung zu geben, die tatsächlich vom Volk beschlossen und nicht von den Alliierten oktroyiert wurde." Damit wolle man nicht die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen, sondern dem "ehernen Prinzip der Volkssouveränität" Rechnung tragen.

Die DVU-Landtagsfraktion in Potsdam zweifelt an der Zulässigkeit der in Brandenburg üblichen Förderung parteinaher Stiftungen. "Möglicherweise sind Steuergelder in Millionenhöhe unrechtmäßig vergeben worden", sagt Fraktionschefin Liane Hesselbarth unter Berufung auf ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes in ähnlicher Sache. Die sechs DVU-Abgeordneten beauftragten Juristen mit der Prüfung einer Klage. Zuvor hatten SPD und CDU ihre Absicht kundgetan, die Fördergelder für eine DVU-nahe Vereinigung zu streichen. Zumindest dieser Plan einer Ungleichbehandlung wird verfassungsrechtlich zu klären sein.

In Ludwigshafen wurde von unbekannten, aber vermutlich linken Tätern die Fraktionsgeschäftsstelle der Republikaner verwüstet. "Dieser kriminelle Akt ist ein erschreckender Beweis für die Verrohung und die Vergiftung des politischen Klimas durch die Einpeitscher des sogenannten „Aufstandes der Anständigen“, erklärte REP-Stadtrat Marco Steigert.

Demgegenüber beteiligten sich die beiden REP-Stadträte in Wuppertal, Pohlmann und Schultze, am "Aufstand der Anständigen", indem sie einem rot-schwarz-grünen Entschließungsantrag gegen die Versammlungsfreiheit zustimmten. Darin ruft der Stadtrat die Bürger dazu auf, "sich an einem breiten Bündnis aller demokratischen Kräfte gegen rechtsextreme Aufmärsche zu beteiligen".

Anders die Nachrichten aus Ulm/Alb-Donau: Dort trat der REP-Kreisvorstand aus der Partei aus, um mit Vertretern von Deutscher Partei (DP) und Nationaldemokraten einen "engen Schulterschluß" zu vereinbaren.

In Köln stellten die Altparteien ihr seltsames Demokratieverständnis neuerlich unter Beweis. Die grüne Ratsfrau Barbara Moritz kündigte im Namen aller anderen "etablierten" Fraktionen an, auf jegliche inhaltliche Auseinandersetzung mit Anträgen der patriotischen Bürgerbewegung Pro Köln fortan zu verzichten. "Auch wenn nur festgestellt wird, daß es heute nicht regnet, oder man begrüßt, daß uns der Papst im Sommer besuchen kommt, werden wir den entsprechenden Antrag ablehnen, solange er von Pro Köln gestellt wird", gab Moritz zu Protokoll. hg/de

Frankreich

Weitaus stärker als in Deutschland, wo der Souverän einmal mehr eine

Epochenentscheidung der politischen Kaste schlucken soll, ohne auch nur um sein Votum befragt worden zu sein, sorgte im benachbarten Frankreich die EU-Verfassung für heftige Diskussionen. Obwohl nahezu alle Medien und fast das gesamte Establishment die angesetzte Volksabstimmung mit einer noch nie dagewesenen Propagandaflut in Richtung "Ja" beeinflussten, regte sich beträchtlicher Widerstand (wegen des vorzeitigen Redaktionsschlusses kann N&E erst in der nächsten Ausgabe auf den Ausgang des Referendums eingehen).

Der rechtsgerichtete Front National (FN) unter Jean-Marie Le Pen positionierte sich klar: Er lehnt die geplante EU-Verfassung entschieden ab. Für die FN-Mandatsträger gab der Europaabgeordnete und langjährige Generalsekretär Carl Lang zwei Thesenhefte mit den wichtigsten Argumenten heraus. Lang, einer der profiliertesten Programmierer seiner Partei, begründet die ablehnende Haltung des Front National unter anderem mit der "sozialen Selbstverteidigung, der nationalen Souveränität und dem Widerstand gegen die Aufnahme der Türkei".

Im Unterschied zu den Zielsetzungen der Verfassung müsse darauf hingewirkt werden, "der Konstruktion Europas eine neue Richtung zu geben, und zwar im Sinn einer stärkeren Berücksichtigung der Souveränität der Staaten, der Unabhängigkeit der Völker, ja letztlich der Neubegründung einer Gemeinschaft der freien Nationen Europas unter Ausschuß der Türkei". 86 Prozent der FN-Wähler lehnten in Umfragen die EU-Verfassung ab (gegenüber 52 Prozent vor einigen Monaten).

Das "Nein" stand auch im Mittelpunkt der traditionellen Großkundgebung des Front National zum 1. Mai, zu der sich mehrere tausend Menschen am Pariser Place de Chatelet einfanden. Höhepunkt der Veranstaltung war auch dieses Jahr eine Grundsatzrede von Parteichef Le Pen, der auf die vielhundertjährige Vergangenheit der Nation rekurrierte:

"In der ewigen Chronik aller Kämpfe für die französische Nation ragt Johanna von Orléans als erste unter allen anderen heraus - heute ist sie das Symbol all derjenigen, die 'Nein' sagen. Im übrigen sehe ich ein Zeichen des Himmels in der Wahl des Kardinals Ratzinger zum neuen Papst Benedikt: einer seiner Vorgänger, Benedikt XV., sprach Johanna im Jahre 1920 heilig. (...) Frankreich gehört den Franzosen, die nach uns kommen und die ein unverzichtbares Recht auf die Integrität ihres Landes, auf die Souveränität ihrer Nation und auf die Würde ihres Vaterlandes haben."

Eine andere Haltung in der Verfassungsfrage vertrat der MNR (Mouvement National Républicain) unter dem früheren Le-Pen-Ziehsohn Bruno Mégret. Dieser erklärte auf einer

Kundgebung in Lyon, er könne sich ein "Ja" zur EU-Verfassung durchaus vorstellen, "wenn sich der Präsident der Republik dafür einsetzen würde, daß die Türkei nicht EU-Mitglied wird". "Sie können", wandte er sich in rhetorischer Anrede an Chirac, "das 'Ja' gewinnen, wenn Sie offiziell erklären, daß Frankreich die Türkei nicht in Europa haben will!"

Ex-Mitglieder des Front National und des MNR wollen unter dem Namen "Parti Populiste" ("Volkspartei") eine neue patriotische Formation gründen. "Es gibt zu viele enttäuschte Anhänger des FN und des MNR", sagt Franck Timmermans, der zeitweilig als Generalsekretär der Mégret-Partei amtiert hatte, nachdem er beim Front National ausgetreten war. Einen Konflikt mit dem FN strebe man nicht an, eher schon eine Allianz. Was zunächst wie eine weitere Spaltung aussieht, soll offenkundig die Kräfte allmählich wieder zusammenführen. Frankreichs Rechte hat sich in den letzten Jahren durch Streitigkeiten selber geschwächt, wodurch auch die "Mutterpartei", der Front National, den stürmischen Elan früherer Zeiten einbüßte.

Österreich

Nach dem jüngsten Hauskrach bei der FPÖ klären sich die Fronten. Während Ex-Parteichef Jörg Haider im April das "Bündnis Zukunft Österreich" (BZÖ) aus der Taufe hob und unter diesem Etikett die Koalition mit der ÖVP auf Bundesebene nahtlos fortzusetzen beabsichtigt, ordnet man bei der Rest-FPÖ die verbliebenen Truppen.

Auf einem Parteitag in Salzburg wurde der Wiener Bezirksvorsitzende Heinz-Christian Strache mit über 90 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Parteichef gewählt. Gleichzeitig versagte der Parteitag den vier vorherigen Vorsitzenden, darunter Haider-Schwester Ursula Haubner und die liberale Ex-Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, die Entlastung, nachdem dubiose Transaktionen erst noch der Aufklärung harren.

Der frischgebackene Parteichef Strache ging in Salzburg mit Ex-Chef Jörg Haider hart ins Gericht: "Haider erhebt den permanenten Meinungswechsel zum politischen Prinzip." Sein orangefarbiges "Bündnis Zukunft Österreich" habe "überhaupt nichts mehr mit freiheitlicher Gesinnung zu tun, sondern ist eine gekaufte Truppe, die sich nur mehr den eigenen finanziellen Vorteil absichern will".

Meinungsumfragen sehen für die abgespeckte FPÖ durchaus Erfolgchancen. Allerdings, so unlängst die "Salzburger Nachrichten", müßten die Freiheitlichen wieder zu einer "reinen Oppositions- und Kontrollpartei" werden, um wieder auf die Erfolgsschiene zu kommen. Nach Auffassung der meisten Beobachter ist der Niedergang der FPÖ vor allem

darauf zurückzuführen, daß man sich als Juniorpartner der christdemokratischen ÖVP in die Regierung locken ließ, dort aber mit faulen Kompromissen die eigenen Wähler verstört hat.

Jüngstes Negativ-Signal: die fast einstimmige Zustimmung des österreichischen Parlaments zur Europäischen Verfassung. Lediglich die FPÖ-Abgeordnete Barbara Rosenkranz, die für ihre Grundsatztreue bekannt ist, votierte mit Nein. Noch zwei Tage vor der Abstimmung im Nationalrat hatte Haider, dem die Mehrheit der freiheitlichen Abgeordneten nach wie vor verbunden ist, eine Volksabstimmung verlangt. Anderenfalls werde er die Ratifizierung beim Verfassungsgerichtshof in Wien anfechten. Dennoch stimmte Haider's Parlamentstruppe dem EU-Papier ungerührt zu.

Für Schlagzeilen ganz anderer Art sorgte der freiheitliche Bundesrat Siegfried Kampl aus Kärnten, der Weltkriegs-Deserteure öffentlich als "Kameradenmörder" bezeichnete. Außerdem, so Kampl, habe es nach dem Krieg eine "brutale Verfolgung" von Nationalsozialisten in Österreich gegeben. Die nach diesen Äußerungen ausgebrochene Medienkampagne ließ den Politiker aber rasch den Rückzug antreten. Er verzichtete "freiwillig" auf den Amtsantritt als Bundesratspräsident.

Für ein ehrenvolles Gedenken in Wunsiedel

Von: AB Westdeutschland - 11.07.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=633
Seit 18 Jahren findet jährlich in Wunsiedel ein Trauermarsch für den von den britischen Besatzern ermordeten Rudolf Hess statt. Rudolf Hess, der Stellvertreter Adolf Hitlers, wurde nach seinem Friedensflug von 1941 von den Briten inhaftiert und verbrachte bis zu seiner Ermordung 1987 ganze 46 Jahre in Haft (seit 1966 sogar in Einzelhaft!).

Aus diesem Grund kommen Jahr für Jahr mehrere tausend Menschen nach Wunsiedel um dort dem „Märtyrer des Friedens“, Rudolf Hess, zu gedenken und ein deutliches Zeichen gegen die Besatzer zu setzen. Nachdem im Jahr 2003 bereits über 4000 Menschen am Trauermarsch für Rudolf Hess teilnahmen, wurden antifaschistische Kreise erneut im größerem Umfang auf den Trauermarsch in Wunsiedel aufmerksam.

Seitdem versucht die vereinigte Linke im Verbund mit Gutmenschen jeglichen Coleurs das ehrende Totengedenken an Rudolf Heß für ihre leicht zu durchschauenden politischen Zwecke zu instrumentalisieren.

Der erste Versuch massiv gegen unsere Veranstaltung vorzugehen endete im vergangenen Jahr eher kläglich.

Während auf Seiten des Nationalen Widerstandes annähernd 7000 Menschen aus ganz Europa ihrer Verehrung für den Friedensflieger Rudolf Heß Ausdruck verliehen, versammelten sich auf der Gegenseite gerade einmal hundert selbsternannte "Antifaschisten".

Unter Berücksichtigung der vorher im großem Stil betriebenen Mobilisierung erwies sich die antifaschistische Gegenkundgebung als einer der größten Reinfälle der letzten Jahre für die offensichtlich im Niedergang begriffene Linke.

Noch unter dem Eindruck ihres Mißerfolges versuchen sich die bereits im letzten Jahr gescheiterten Berufsdemonstranten in einer neuen Taktik. So rufen sie zum mehreren Veranstaltungen in fast allen Regionen Deutschlands auf, um ein koordiniertes Auftreten herbeizuführen und eine größere Mobilisierungsrate zu erreichen.

Der Nationale Widerstand ist nicht gewillt das Andenken von Rudolf Heß im Zeichen rotfaschistischer Geschichtsverfälschung verunglimpfen zu lassen und ruft daher zu zwei Demonstrationen am 02.08 in Leverkusen und 03.08 in Köln auf.

Gegen antideutsche Geschichtsmanipulation - Für ein würdevolles Gedenken an Rudolf Heß.

Termine:

- 02.08. Leverkusen - 19:30 Bahnhof Opladen
- 03.08. Köln - 20:00 Uhr - Ebertplatz

Wunsiedel: Verbotsverfügung endlich da!

Von: Name - 11.07.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=632
Am 02.05.2005 hatte der Landkreis Wunsiedel mitgeteilt, er "erwäge" ein Verbot des diesjährigen Rudolf-Heß-Marsches. Darauf habe ich am 04.05.2005 mitgeteilt, das sei keine Überraschung; es werde aber aufgefordert, unverzüglich ein Verbot auszusprechen, damit nicht wieder die Gerichte kurzfristig entscheiden müßten. Gleichwohl hat sich dann der Landrat zwei Monate Zeit gelassen, und zwar deswegen, weil in der Zwischenzeit noch versucht wurde, Wunsiedel als einen für Verfolgte besonderen Ort unter den Schutz von bayrischen Landesgesetzen zu stellen. Dies mißlang aber. Deswegen hat man das Verbot so wie in den Vorjahren begründet. Das Verbot ist nunmehr am 07.07.2005 - mithin zwei Monate nach der Ankündigung! - zugeschiedt worden.

Begründet wurde es im wesentlichen wie in den Vorjahren, mit einer Ergänzung: Wegen der Neufassung von § 130 IV StGB, wonach die Billigung und Verherrlichung der nationalsozialistischen Gewalt- und

Willkürherrschaft neu unter Strafe gestellt wurde, sei nun ein Verbot besser möglich.

Da dergleichen in Wunsiedel auch in den vergangenen Jahren nicht verherrlicht oder gebilligt wurde, ist das Gesetz nicht einschlägig. Ein BGH-Richter hat im Bezug auf Heß auch schon gesagt, seine Ehrung bedeute nicht die Billigung einer Gewalt- und Willkürherrschaft. Hinzu kommt, daß § 130 IV ein Spezialgesetz gegen Rechte ist, und das Versammlungsrecht des Art. 8 GG nur durch "allgemeine Gesetze" eingeschränkt werden kann; § 130 IV ist aber kein "allgemeines Gesetz", weil nicht jede Gewalt- oder Willkürherrschaft unter Strafe gestellt ist, beispielsweise Stalins Terrorregime, das Regime der Phol Pot, der Roten Khmer, der Völkermord an den Armeniern oder dergleichen. Das darf alles verherrlicht und gebilligt werden, so daß schon deswegen der Landrat - wie in den Vorjahren - keine Chance hat.

Ich habe den Schriftsatz ans Verwaltungsgericht Bayreuth, mit dem das Verbot angefochten wird, abgeschickt.

Der Rudolf-Heß-Gedenkmarsch findet auch in diesem Jahr statt!

Hamburg 2. Juli 2005: Kein Forum für Pädophile

Von: Christian Worch - 07.07.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=628

Am Sonabend, dem 2. Juli, fand in Hamburg eine Demonstration zum Thema „Kein Forum für Pädophile“ statt. Wer gegen Leute demonstriert, die gegen Pädophile und Kinderschänder demonstrieren, ist wohl offenkundig für diese Personenkreise. (Eine doppelte Verneinung ist bekanntlich ein Bejahung.) Dies können wir bei Vertretern der Amtskirche ebenso feststellen wie bei einem Bundesvorstandsmitglied der noch-Regierungspartei SPD. Nun, bei beiden vielleicht kein Wunder. Die Kirche macht ja immer wieder negative Schlagzeilen, indem Amtsträger von ihr wegen sexuellen Kontakts zu Minderjährigen auffallen. Und die SPD sah sich unlängst erst außerstande, gesetzgeberisch auf eine Petition von immerhin 44.000 Bürgerinnen und Bürgern zu reagieren, die die Verherrlichung von Pädophilie oder die Forderung nach Straffreiheit für Sex mit Kindern unter Strafe stellen lassen wollten.

Aber den Herrschenden ist ja immer am wichtigsten, ihre Macht zu sichern. Und die Macht der Herrschenden wird offenbar von niemandem stärker bedroht als von uns. Dafür mobilisierten sie dann ihre Hilfstruppen, das übliche Gemisch aus bürgerlichen Gutmenschen und möchtegern-Revolutzern von der

Antifa. Insgesamt werden es zwischen 200 und 300 gewesen sein. Aber da die Übermacht gutmenschlicher Kreise geradezu staaterhaltendes Dogma in der BRD ist, schrieben einige gleichfalls staaterhaltende Medien von 900. Vielleicht hat man ein paar hundert Polizeibeamte einfach als Gegendemonstranten mitgezählt...?! - Immerhin schafften die Medien es, unsere Zahl mit 150 korrekt anzugeben. Auch das ist heutzutage beileibe keine Selbstverständlichkeit....

Zur Auftaktkundgebung sprachen die Kameraden Daniel Gräf aus Celle und Axel Reitz aus Köln.

Unterwegs flogen vereinzelt Eier und Steine; kaum der Rede wert. (Es gab einen Leichtverletzten.) Was die Teilnehmer der Mahnwache fünfzehn Tage vorher bei der Spanischen Furt erlebt hatten, war ungleich viel massiver. Vielleicht liegt es daran, daß aufgehetzte Südländer massiver gewalttätig werden können als die deutsche Antifa? In dem Fall heißt Antifa nicht Angriff, sondern muß die Parole lauten: „Antifa heißt lernen!“ Wenn schon von niemand anderem, dann vielleicht von türkischen Ghetto-Kids, die diesmal allenfalls vereinzelt als Zuschauer zugegen waren, aber nicht als aktive Angreifer.

Aber der Unterführung unter der Autobahn hindurch war für die Antifa dann erst einmal Pause, weil die Polizei dicht machte und keinen mehr durchließ.

Zur Zwischenkundgebung sprachen die Kameraden Alexander Hohensee aus Hamburg, Philipp Hasselbach aus München (vormals Essen) und Hayo Klettenhofer aus München.

Dann ging es weiter zum AKN-Bahnhof Schnelsen, wo nach fast genau zweistündiger Versammlungsdauer aufgelöst wurde.

Nach Medienberichten nahm die Polizei 44 Gegendemonstranten in Gewahrsam; einige von ihnen dürfen sich, weil sie sich mit Steinen bevorratet hatten, wohl auf ein Verfahren freuen.

Unter dem Strich waren die kampagneartigen Aktivitäten gegen diese höchst unappetitlichen Foren breit gefächert und wirkungsvoll. Die Aktivitäten bestanden aus:

Einer Demonstration, einer fünfzehn Tage davor durchgeführten Mahnwache von ca. 40 bis 50 Teilnehmern, Verteilaktionen von drei verschiedenen Auflagen von Handzetteln im Wohnumfeld des Pädophilen-Foren-Betreibers Frank Freitag und - last not least -

Viertuelle Protestaktionen gegen diese Foren, die zu mehrfachem Serverwechsel führten und zur mindestens zeitweiligen Abschaltung des „Girlover-Forums“ und wahrscheinlich dauerhafter Abschaltung eines noch

unappetitlicheren Pädophilen-Forums.

Erfolgreiche Demonstration gegen Friedman

Von: NPD Wattenscheid - 07.07.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=626

Wattenscheid- Am Mittwoch den 06.07.2005, führte die NPD-Wattenscheid zusammen mit freien Nationalisten aus der Region eine erfolgreiche Protestdemonstration gegen den zeitgleich stattfindenden Vortrag des ehemaligen, stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Michel Friedman, in der Wattenscheider Innenstadt durch.

Während der moralheuchelnde Friedman seinen Vortrag unter dem Motto: "Freiheit ist mehr als nur ein Wort" in der Lohnhalle des ECO-Textil-Zentrums abhielt, sammelten sich an die 100 nationalgesinnte Deutsche am Wattenscheider August-Bebel-Platz, um gegen die Verlogenheit der Friedman-Veranstaltung zu protestieren.

So ist es doch gerade Friedman, der keine Gelegenheit ausläßt, Verbote für politisch mißliebige Meinungen zu fordern. Zusätzlich ist Friedman Stellvertreter eines Volkes, welches es mit der Freiheit der Palästinenser auch nicht gerade ernst meint.

Wenn das die Art von Freiheit ist, die Friedman meint, so kann man getrost auf diese Freiheit verzichten.

Auch die Tatsache das die Stadt Bochum einer, wegen Drogenmißbrauch verurteilten, Person eine Plattform gibt, die sich zusätzlich mit, zur Prostitution gezwungenen, Frauen vergnügt hat, ist ein ausreichender Grund, gegen diese Veranstaltung zu protestieren.

Während der Auftaktkundgebung ergriffen der Wattenscheider Bezirksverordnete und stellvertr.

NPD-Landesvorsitzende Claus Cremer, sowie die Nationalistin Daniela Wegener (HSK) das Wort. Der Vortrag der Aktivistin Wegener ging ausführlich auf die umstrittene Person Friedman und auf den Israel-Palästina-Konflikt ein und wußte die anwesenden Demonstranten zu begeistern.

Der anschließende Protestmarsch durch die Wattenscheider Innenstadt verlief ruhig und ohne jegliche Störung. Die geringfügig anwesenden Linksextremisten um das Bochumer Ratsmitglied Gleising waren dem Irrglauben erlegen, daß es sich um eine stationäre Kundgebung handeln würde und konnten ihren Möchtegernprotest anscheinend nicht so schnell in geregelte Bahnen lenken.

Auf der Zwischenkundgebung am "Alten Markt", ergriffen die Aktivisten Siegfried

Borchardt (Dortmund), Timo Pradel (Iserlohn), Sven Skoda (Düsseldorf) und Sascha Krolzig (Hamm) das Wort. Alle Redebeiträge gingen hart mit Friedman und seiner Lebensart ins Gericht und machten klar, was man von dieser Person hält.

Nach der Zwischenkundgebung formierte sich der Demonstrationszug wieder Richtung

August-Bebel-Platz, wo die Veranstaltung beendet wurde.

Erwähnenswert ist noch, daß der (von Gleising und Konsorten erhoffte) "bürgerliche Protest" gegen die Nationalisten ausblieb. Lediglich das zuvor erwähnte Häuflein von Linksextremisten fand sich am Rande der Auftaktkundgebung ein und versuchte anscheinend ein Zeichen für Drogenkonsum und Zwangsprostitution zu setzen.

Es zeigte sich erneut, daß Wattenscheid kein gutes Pflaster für Linksextremisten ist und auch Friedman nicht den Rückhalt in der Bevölkerung hat, den sich einige erwünscht hätten.

Auch der Einsatz der Polizeiführung muß heute einmal lobend erwähnt werden, da die Polizei Bochum sich in der Vergangenheit oftmals nicht gerade mit Ruhm bekleckert hatte. Diesesmal hielt man sich an die zuvor besprochenen Vereinbarungen und augenscheinlich wurden auch die linksradikalen Störer nicht über die wahre Wegstrecke der Demonstration informiert, um so gewalttätige Ausschreitungen der sog. Antifa in der Wattenscheider Innenstadt zu verhindern.

Gegen Drogen und Prostitution ! Friedman keine Plattform geben !

Erfolgreiche Demo gegen Kapitalismus in Weißwasser

Von: Versammlungsleitung - 04.07.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=623

Am vergangenen Sonnabend 2.7.2005) fand in der niederschlesischen Stadt Weißwasser eine Demonstration gegen Sozialabbau statt.

Dem Aufruf des „Lausitzer Aktionsbündnis“, gegen Raubtierkapitalismus und Globalisierung auf die Straße zu gehen, folgten ca. 150 Aktivisten aus der Region sowie aus Pommern, Brandenburg, Berlin und Thüringen. Aber auch einige Bürger der Stadt reihten sich in den Demonstrationszug ein.

Zu Beginn der Veranstaltung stellten die Redner Jürgen Krumpholz und Sebastian Richter klar, dass es nur einen Weg geben kann, die weitere Ausbeutung des Deutschen Volkes zu stoppen. Sie machten deutlich, dass die einzig

greifbare Alternative zu diesem liberalkapitalistischen System der BRD, ein Nationaler Sozialismus sein kann.

Geraden in so abgelegenen und grenznahen Städten wie Weißwasser spüren die Menschen deutlich, was EU-Osterweiterung und Hartz IV bedeutet. Sie haben die Lügen der Parteien in Berlin schon längst erkannt. Die Forderungen der nationalen Demonstrationen stießen daher bei der Bevölkerung nicht auf Ablehnung.

Auf der Zwischenkundgebung sprachen nochmals Jürgen Krumpholz sowie der nationale Aktivist Lutz Giesen. Beide machten wiederum deutlich, warum wir Woche für Woche auf die Straße gehen. Insbesondere Lutz Giesen spannte einen weiten Bogen über die Geschichte, um aufzuzeigen, daß die heutige Situation der BRD eben nicht durch eine Fehlentwicklung innerhalb einer Wahlperiode hervorgerufen wurde, sondern durchaus planmäßig zu verlaufen scheint. Auch wurde deutlich ausgesprochen, daß der BRD eine Legitimation auf Grundlage einer Verfassung fehle und stattdessen immer noch (nur) das Provisorium – Grundgesetz- aktiviert ist.

Am Ausgangsort, dem Bahnhofplatz in Weißwasser wieder angekommen, sprachen nochmals Jürgen Krumpholz und Kamerad Giesen. Danach wurde die Versammlung ohne Probleme und nennenswerte Störungen beendet.

Die Demonstration in Weißwasser hat den sozialrevolutionären Protest der nationalen Jugend auch in die Provinz getragen. Somit ist es als klarer Erfolg zu werten. Die Solidarisierungen der Bürger zeigen uns ebenfalls, daß wir auf dem richtigen Wege sind, eben auch dem Volk begreiflich zu machen, daß es so nicht mehr weiter geht. Der Nationale Sozialismus ist als Alternative zum BRD System zu sehen und nicht im System der maroden BRD.

Das „Lausitzer Aktionsbündnis“ bedankt sich nochmals bei allen Anwesenden und vor allem bei den Aktivisten des „Sozialen und Nationalen Bündnis Pommern“ für ihre Tatkräftige Unterstützung.

Weitere Bilder von der Demonstration findet ihr in den nächsten Tagen auf: www.demo-weisswasser.tk

Aktivist aus Gesinnungshaft entlassen

Von: Infoportal Weser - 01.07.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=620

Am 14.01.05 kam es zu einer handfesten Auseinandersetzung zwischen zwei Aktivisten des nationalen Spektrums und mehreren Jugendlichen ausländischer Abstammung.

Die Ausländer, die sich wohl überlegen sahen, provozierten die Jugendlichen

Termine

An dieser Stelle informieren wir euch über anstehende Veranstaltungen. Weitere Informationen zu den Veranstaltungen findet ihr auf www.freier-widerstand.net

16.07.2005 – Lübeck

Gegen behördliche Repression
// 12 Uhr, Hauptbahnhof
+ 0175 - 246 58 54

22.07.2005 – Ueckermünde

Anti-Agenda2010 Demo
// 14 Uhr, Marktplatz
+ 0171 - 63 66 648

23.07.2005 – Lübeck

Gegen behördliche Repression
// 12 Uhr Hauptbahnhof
+ 0175 - 246 58 54

30.07.2005 – Duisburg

Multikultur abschaffen. Gegen den Moscheebau
// 10:30 Uhr, Hauptbahnhof
+ www.demo-duisburg.tk

30.07.2005 – Hamburg

62. Jahrestag des alliierten Luftterror über Hamburg
// 12 Uhr, S-Bahnhof Berliner Tor
+ 0175/2574870

30.07.2005 – Stralsund

Für eine nationale Alternative
// 11 Uhr, Parkplatz Hauptbahnhof
+ 0160/92110541

02.08.2005 – Leverkusen

Für ein würdiges Hess Gedenken
// 19:30 Uhr, Bahnhof Opladen
+ www.freier-widerstand.net

03.08.2005 – Leverkusen

Für ein würdiges Hess Gedenken
// 20 Uhr, Ebertplatz
+ www.freier-widerstand.net

13.08.2005 – Heidenheim

Gegen Polizei und Antifaterror
// 12 Uhr, Bahnhof
+ www.demo-heidenheim.tk

17.08.2005 – Altenburg

Gegen Polizeiwillkür
// 19 Uhr, Rossplan Altenburg
+ www.aktionsbuero.org

20.08.2005 – Wunsiedel

Rudolf Hess Gedenkmarsch
+ widerstandnord.com/wunsiedel/

03.09.2005 – Oldenburg

Anti-Agenda2010 Demo
// 11 Uhr, Hauptbahnhof
+ 0175/8588214

03.09.2005 – Berlin

Antikriegstag
+ www.freier-widerstand.net

29.10.2005 – Göttingen

Anti-Agenda2010 Demo
// 11 Uhr, Hauptbahnhof
+ 0175/8588214

12.11.2005 – Halbe

Heldengedenken
+ www.widerstandnord.com/halbe/

mit schwersten Beleidigungen in ihrer Heimatsprache. Auf die Nachfrage eines Beleidigten fingen die zahlenmäßig überlegenen eine Schubserie an. Die Wirtin, welche aufgefordert wurde die Polizei zu rufen sah sich dessen nicht in der Lage. Folglich wurde die Polizei von einer weiblichen Begleitung angerufen.

Aus der Schubserie entwickelte sich recht schnell eine Schlägerei, nachdem einer der Aktivisten auf dem Boden liegend von mehreren Ausländern getreten wurde.

Der Polizei teilten die Ausländer mit, man habe einen ihrer Freunde festgehalten und ihn mit einem Schlagring traktiert. Grund dessen wurde gegen beide Nationalisten ein Haftbefehl, der mit einer Hausdurchsuchung verbunden war, beantragt. Einer der Beiden Nationalisten wurde am Gedenktag des jungen Revolutionärs Horst Wessel (23. Februar) festgenommen. Bis zur gestrigen Verhandlung befand er sich in Untersuchungshaft.

Bei der gestrigen Verhandlung stellte sich heraus, dass die Untersuchungshaft unbegründet war. Die Richterin des Amtsgerichtes Stolzenau teilte mit sie hätte, unter den in der Verhandlung zum Vorschein gekommenen Gegebenheiten, niemals einen Haftbefehl gegen den Beschuldigten Marco S. beantragt hätte.

Aufgrund dessen, dass der Nebenkläger und dessen Freunde, im Verfahren auch Zeugen, sich immer wieder gegenseitig und ihren eigenen Aussagen immer wieder widersprachen beantragte die Staatsanwältin Freispruch. Ein Nebenpunkt der Anklage war eine angebliche Volksverhetzung, die ebenso einen Märchengehalt hatte wie alle anderen haltlosen beschuldigungen.

Folge der gespielten Opferrolle des Nebenklägers und seinem ebenso verlogenen Umfeld war, dass jene mit strafrechtlichen Konsequenzen wegen Falschaussagen zu rechnen haben. Dem scheinbar Geschädigten Ismail K. wurden ebenso die Kosten des Verfahrens auferlegt, zudem muss er dem Angeklagten Marco S. eine Entschädigung für seine vier-monatige Haft und weiter entstandene Kosten bezahlen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es in diesem Falle seitens des Gerichtes gelang Objektivität zu wahren. Jegliche Vernehmungsleitungen zu Lasten der Beschuldigten, die belegbar vom Nienburger Staatsschutz ausgingen, wurden nichtig, weil selbst das Gericht dies als Haltlos ansah.

An Hand dieses Falls lässt sich erkennen, wie Staats- und Gesinnungslumpen, sowie Personen des multikulturellen Lebens, bemüht sind die Existenz von jungen Nationalisten zu zertören.

Vor deutschen Behörden scheint eine märchengleiche Behauptung ausreichend, um staatliche Repressions- und Verfolgungswelle zu Lasten nationaldenkender Menschen auszulösen.

- **Schluss mit dem Volksbetrug**
- **Schluss mit den Repressionen gegen Nationalisten**
- **Freiheit für alle inhaftierten Nationalisten!**

Saarlouis: Verfahren eingestellt

Von: Aktionsbüro Saar - 30.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=616

Als Nationale Aktivisten sind wir staatliche Repressionen auf allen Ebenen und in kuriosesten Auswüchsen und Erscheinungsformen gewohnt. Die Maßnahmen der Herrschenden gegen die Nationale Opposition könnte man getrost mit einem Satz charakterisieren: Es gibt Nichts was es nicht gibt! So kam es dann auch im Nachgang zu einer Ende letzten Jahres in Saarlouis veranstalteten Heldengedenk-Veranstaltung zu einem Fall staatlicher Repression, den man getrost unter der Rubrik Kuriositäten abheften kann.

So versuchten zunächst im Vorfeld der Versammlung die Landrätin als zuständige Versammlungsbehörde und der Oberbürgermeister der Stadt Saarlouis, die planmäßige Durchführung der Veranstaltung unmöglich zu machen. Der Oberbürgermeister dadurch, dass er ein Betreten des für die Heldenehrung angestrebten Denkmals verbot, die Landrätin durch ein Totalverbot. So mussten im Vorfeld also gleich zwei Verfahren auf dem Verwaltungsgerichtsweg geführt werden. Wobei das Totalverbot erwartungsgemäß aufgehoben wurde, das OVG jedoch die Nutzung des Denkmals zunächst untersagte. Wir vermögen nicht zu sagen ob nun einflussreiche kommunalpolitische Kräfte versuchten ihrem Frust über ein erneut aufgehobenes Versammlungsverbot dadurch Luft zu machen, indem man dem Veranstalter des Gedenkmarsches die Begehung einer Ordnungswidrigkeit vorwarf. Fakt ist jedenfalls, dass der Tatvorwurf beinahe in seiner Lächerlichkeit und Substanzlosigkeit nicht zu überbieten war. Tatvorwurf: Als Versammlungsleiter sei er seinen Pflichten nicht nachgekommen, jederzeit für die Beamten der Vollzugspolizei erreichbar zu sein. Eine telefonischen Anruf habe er nicht angenommen, bei zwei weiteren Versuchen sei er nicht erreichbar gewesen.

Nun wäre solch ein Tatvorwurf durchaus verständlich, wenn man von Demonstrationen mit 8000 Teilnehmern oder mehr und der damit einhergehenden, auch für die Beamten der Polizei wenig überschaubaren Lage

ausgeht. Nun hatte die besagte Versammlung in Saarlouis gerade einmal 70 Teilnehmer, darüber hinaus hatte der Versammlungsleiter ständigen Blickkontakt zu den Beamten der Vollzugspolizei. Die anwesenden Herren der Vollzugspolizei hätten also schätzungsweise einen Fußweg von 15 Metern zurücklegen müssen, um den Versammlungsleiter persönlich anzusprechen.

Um so verwunderter war der Betroffene, als er eine Vorladung des Saarländischen Landeskriminalamtes, genauer gesagt des Dezernates 46 (Staatsschutz) in Händen hielt in dem ihm eben besagte Ordnungswidrigkeit zur Last gelegt wurde. Nun ist man als Nationaler Aktivist einiges an staatlicher Repression gewohnt. Das Spektrum reicht hier von Auflagenbescheiden für Demonstrationen bei deren Verfassung sich scheinbar Anhänger kabbalistischer Geheimlehren auszutoben pflegen, über willkürliche Festnahmen, die Gummiparagraphen §§ 86 und 130 usw. Dennoch stellte sich dem Betroffenen die Frage, wie der saarländische Staatsschutz, der ja eigentlich angesichts der vermeintlichen Bedrohung durch allgegenwärtige islamistische Schläfer voll ausgelastet sein müsste, noch Ressourcen frei machen kann um Ordnungswidrigkeiten zu verfolgen. Gerüchte, wonach der saarländische Staatsschutz plant, demnächst seine Mitarbeiter zu Hilfspolizisten umzuschulen, um sie dann falschparkende Verfassungsfeinde aufspüren zu lassen wurden bislang von offizieller Seite jedoch nicht bestätigt.

Der Betroffene legte selbstverständlich sofort Widerspruch gegen diesen hanebüschenen Tatvorwurf ein.

Unbeeirrt dessen erließ die zuständige Stelle beim Landratsamt Saarlouis einen Bußgeldbescheid über 40 Euro.

Gegen diesem Bescheid legte der Betroffene ebenfalls Widerspruch ein!

Mit Bescheid vom 23.05. 2005 wurde das Verfahren mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft gem. § 47 II OWiG eingestellt. Die Kosten des Verfahrens hat nun die Landeskasse, also der Steuerzahler zu tragen.

Kamerad Gerhard Lauck muß Domänen an die BRD abtreten

Von: Störtebeker - 20.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=629

Kamerad Gerhard Lauck muß Domänen an die brd abtreten. Eine Schiedsstelle der American Arbitration Association (AAA) hat im Streit um die Domänen BundesrepublikDeutschland.us und FederalRepublicofGermany.us zugunsten der Bundesrepublik D und damit gegen Gerhard Lauck entschieden. Lauck könne kein berechtigtes Interesse an

den Domänen nachweisen, befand die AAA.

Die Bundesrepublik D habe nicht nur ein Recht auf die Domänen mit der deutsch- und englischsprachigen Bezeichnung. Durch ihre wirtschaftlichen und politischen Beziehungen kämen außerdem die Vorschriften für US-Domains zur Anwendung; Lauck muß nun die Domains an D abgeben. Zuvor hatte er bereits Anspruch auf federalrepublicofgermany.biz erhoben und war damit vor einem Schiedsgericht der World Intellectual Property Organisation (WIPO) unterlegen.

Gerhard Lauck wurde 1996 vor dem Landgericht Hamburg wegen Propagandadelikten zu vier Jahren Haft verurteilt und 1999 in die USA abgeschoben. Er nutzte bereits die Domänen auswaertiges-amt.biz, republicofgermany.com oder bundesinnenministerium.com für seine Zwecke, mußte sie aber schließlich alle an den deutschen Staat abgeben. Die provokatorische Nutzung der Seite www.verfassungsschutz.net legte die Nachtmützigkeit der Schlapphüte offen und brachte ihm einen vielbeachteten Achtungserfolg ein.

Wieder Anwerbeversuch durch Thüringer Verfassungsschutz

Von: AB Thüringen – 29.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=611

Erneut ist ein nationaler Aktivist aus Thüringen vom Verfassungsschutz angequatscht worden. In der kleineren Ortschaft Wutha-Farnroda im Wartburgkreis wurde letzte Woche ein nationaler Sozialist aus der Region angelabert. Wie uns berichtet wurde, waren mehrere Beamte des Thüringer Verfassungsschutzes mit mindestens zwei Fahrzeugen vor Ort, um den Kameraden abzufangen und für eine Spitzeltätigkeit zu gewinnen. Doch wie es sich gehört, lehnte der Kamerad dieses Angebot auf der Stelle ab und unterrichtete einen Kameraden seines Vertrauens.

Dies ist nunmehr bereits der fünfte Anwerbversuch durch das Thüringer Innenministerium in den letzten Wochen. Die jüngsten Aktivitäten der nationalen Opposition in Thüringen sowie der bevorstehende Bundestagswahlkampf muss dem Innenminister Karl-Heinz Gasser wohl gehörige Schauer über den Rücken jagen, dass er so eine Anwerbeflut von neuen V-Leuten startet wie schon Lange nicht mehr.

Und gerade aufgrund dieser hohen Zahl von aufgefliegenen Anquatschversuchen in den letzten Wochen, kann man auch in der nächsten Zeit davon ausgehen, dass der Thüringer Verfassungsschutz erneut versuchen wird, neue Spitzel für ihre minderwertige Arbeit zu gewinnen.

Und gerade deshalb ist es jetzt besonders wichtig, aufmerksam in seinem politischen Umfeld zu sein, da es ja nicht ausgeschlossen ist, dass nicht doch der ein oder andere verachtenswerte Charakter in unseren Reihen auf den Verrat eingegangen ist. Es ist weiterhin extrem wichtig, alle Versuche des Verfassungsschutzes oder der politischen Polizei Aktivisten des nationalen Widerstandes anzuwerben sofort öffentlich zu machen. Sobald ihr von solchen Typen angesprochen werdet, wendet euch an die Führungskameraden eures Vertrauens und macht den Anquatschversuch öffentlich. Lehnt jedes Gespräch mit diesen Systembützel konsequent ab und lasst euch nicht auf irgendwelche Spielereien mit denen ein.

Es bleibt dabei:

**Meinungsfreiheit erkämpfen !
VS abschalten !**

Aktivitäten im Vorfeld der Demonstration am 2. Juli in Hamburg

Von: AB Norddeutschland – 29.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=610

Schon rund drei Wochen vor der Demonstration am 2. Juli unter dem Motto "Kein Forum für Pädophile" (12.00 Uhr, AKN-Bahnhof Eidelstedt-Zentrum, Pinneberger Chaussee) begannen örtliche Kräfte damit, gegen die pädophilen Umtriebe aus dem Graf-Johann-Weg 23 in Hamburg-Schnelsen aktiv zu werden.

Am 10.06. wurde zunächst eine kleine Flugblattverteilung im Graf-Johann-Weg bis in die Spanische Furt vorgenommen. In dem verteilten Flugblatt wurde ausführlich auf die pädophilen Umtriebe sowie die Person eingegangen, die laut eigenen Angaben Betreiber der pädophiler Internetforen ist, auf die man unlängst aufmerksam wurde. Diese Flugblattverteilung verlief ohne Störungen, hätte allerdings im Nachhinein betrachtet umfangreicher sein müssen.

Eine Woche später, am 17.06., wurde eine kurzfristig beschlossene Mahnwache im Graf-Johann-Weg / Ecke Spanische Furt durchgeführt. Aus zeitlichen Gründen war es nicht mehr möglich, diese Mahnwache im Vorfeld bei den Anwohnern zu bewerben. Daher hatten es Linke sehr leicht, vorwiegend jugendliche Ausländer mit einer Lüge aufzuhetzen. Die Mahnwache nahm dadurch einen anderen Verlauf, als ursprünglich geplant. Die Gewalt gegen Rechts stand an diesem Abend im Vordergrund, während das eigentliche Anliegen lagebedingt kaum mehr an die Anwohner vermittelbar gewesen ist. (vgl. Berichterstattung zur Mahnwache).

In der nachfolgenden Medienberichterstattung fand aber der eigentliche Anlaß der Mahnwache

dennoch Erwähnung. Teilweise recht ausführlich. Die lokale Wochenzeitung schrieb sogar von einem "polizeibekannten Pädophilen", gegen den sich die Mahnwache gerichtet habe.

Man wollte sich jedoch mit der Medienberichterstattung nicht zufrieden geben und plante eine weitere Flugblattverteilung für Freitag, den 24.06. (immer wieder Freitags zum Freitag...). Die Verteilung begann vormittags im Graf-Johann-Weg / Spanische Furt zunächst ohne größere Probleme. Lediglich eine spießbürgerliche Anwohnerin, beziehungsweise eine Deutsche, meinte die pädophilen Umtriebe in Schutz nehmen zu müssen und drohte damit, die Bullen zu rufen. Das wurde erst mal nicht weiter ernst genommen. Dann tauchte ein Antifatzke auf, der gerade irgendwelche Hetzplakate gegen unsere Demo am 2. Juli verbreitete. Bevor unser Verteiler mit dem Antifatzke aneinandergeraten konnte, erschien die besagte Anwohnerin mit den Bullen im Gepäck und zeigte auf unseren Verteiler. Dem Antifatzke, der sich ebenfalls die nachfolgende Belästigungsprozedur seitens der Bullen gegen unseren Verteiler ansah, steckte die Anwohnerin gleich noch, wo unser Verteiler sein Fahrrad abgestellt hatte. Unser Verteiler wurde trotz der Tatsache, dass er sich a) ausweisen konnte, b) den Bullen ein Flugblatt zur Durchsicht auszuhändigen bereit war und c) seine Flugblattverteilung vollkommen legal gewesen ist, ohne Nennung eines Grundes von den Bullen festgenommen und auf die nächste Wache verschleppt. Seine restlichen Flugblätter (zum Glück wirklich nur noch ein kleiner Rest vom Ganzen) wurden rechtswidrig beschlagnahmt, sollen sogar teilweise mutwillig von einem Beamten zerrissen worden sein. Im Zusammenhang mit der Festnahme und dem Gewahrsamszeitraum werden derzeit aus verschiedenen Gründen rechtliche Schritte geprüft, die hier noch nicht näher benannt werden sollen. Als unser Verteiler nach knapp fünfstündiger Ingewahrsamnahme wieder vor Ort erschien, um sein Fahrrad abzuholen, fand er das Fahrrad vollständig zerstört vor. Dringend tatverdächtig ist in diesem Zusammenhang der Antifatzke, der anhand einer Personenbeschreibung identifiziert werden könnte. Wegen Beihilfe werden sich sowohl die Anwohnerin als auch die Bullen zu verantworten haben, die trotz eindeutigen Hinweises nichts unternommen haben, um das Fahrrad für den Zeitraum der Festnahme zu sichern. Ungeachtet dieser rechtswidrigen Behinderung konnte ein Großteil der Flugblätter ausgetragen werden. Der Verteiler kam dabei mit mehreren Anwohnern positiv ins Gespräch, was sich hoffentlich in dieser oder jener Hinsicht noch auswirken wird.

„Alles für Deutschland“ strafbar!

Von: FW Redaktion – 29.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=609

Heute kam es vor dem Amtsgericht in Hamm (Westfalen) zu einer Verhandlung wegen §86a StGB. Verhandelt wurde die Aussage „Alles für Deutschland“ die ein jüngerer Kamerad zum Abschluss seiner Reden auf Demonstrationen verwendete. Obwohl die Jugendgerichtshilfe nur für die Ableistung von Sozialstunden war und auch erklärte, dass der Kamerad keine schädlichen Neigungen habe, wurde er unter anderem wegen §86a zu 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Durch die Medienhysterie in den vergangenen Monaten sahen Politiker und Richter sich gezwungen, etwas gegen den Nationalen Widerstand zu unternehmen. So wurde zum einen das Versammlungsrecht dahingehend geändert, dass man bestimmte Demonstrationen an bestimmten Orten jetzt verbieten kann und zum anderen die Erweiterung des Paragraphen 130 StGB (Volksverhetzung) beschlossen. Doch es blieb nicht bei diesen zwei weiteren Einschränkungen. Auch ohne Gesetzesänderung kam es jetzt zu einer weiteren Verhandlung für einen Tat die seit über 60 Jahren legal war! So ist es die erste Verurteilung für die Aussage „Alles für Deutschland“ in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Da es sich bei dem Gericht lediglich um ein Amtsgericht handelt ist es fraglich, in wie weit andere Instanzen genau so handeln würden und ob es nicht schon vor dem Landgericht für den Tatvorwurf 86a einen Freispruch geben würde. Wie uns jetzt mitgeteilt wurde, hat der Kamerad gegen das Urteil Berufung eingelegt!

Solltet ihr in Zukunft für Aussagen, oder Symbole angezeigt werden die bisher legal waren, haltet bitte Rücksprache mit dem Deutschen Rechtsbüro* und informiert euch über die Chancen eines Rechtskampfes. Ganz wichtig ist, dass ihr gegen die Verurteilungen angeht, da ihr anderen Gerichten sonst die Möglichkeit gebt, mit eurem Urteil andere Urteile zu begründen.

Deutsches Rechtsbüro

Deutsches Rechtsbüro c/o Miosga
Postfach 12 16
D-16542 Birkenwerder
www.deutsches-rechtsbuero.de

Gotha: Erneute Anquatschversuche durch den VS

Von: AB Thüringen – 27.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=605

Anscheinend sucht der Thüringer Verfassungsschutz derzeit dringend neue Quellen und Informanten. Denn

nachdem erst kürzlich zwei Aktivisten im Altenburger Land vom VS angelabert wurden, wurden jetzt auch weitere Anquatschversuche im Eichsfeld und in Gotha bekannt. Es heißt also wachsam zu bleiben und alle Anquatschversuche sofort öffentlich zu machen!

Im folgenden sind nun die zwei Anquatschversuche aus Leinefelde und Gotha dokumentiert:

+++ Leinefelde: Auch im Eichsfeld ist der VS aktiv +++

Wie jetzt bekannt wurde kam es schon Ende Mai zu einem Anquatschversuch des Verfassungsschutzes im Eichsfeld. Ein Kamerad aus Leinefelde wurde am 30.05.2005 gegen 18.00 Uhr von zwei VS-Mitarbeitern angesprochen, nachdem diese ihn bis zu seiner Haustür verfolgt hatten. Der Aktivist wurde direkt nach einigen Vorkommnissen und Internas aus der regionalen Bewegung angesprochen, u.a. auch zu einer Auseinandersetzung mit der Polizei. Nachdem der Kamerad keine Angaben machen wollte, meinten die VS'ler dass sie eh schon alles wissen und versuchten den Aktivisten aufgrund seiner Vorstrafen und seiner Arbeitslosigkeit unter Druck zu setzen. Der Kamerad lehnte das Angebot, sich um Arbeit für ihn zu kümmern, dankend und mit den Worten „Ehrlich währt am längsten!“ ab.

Die beiden Verfassungsschützer stellten sich mit den Namen Pape und Herzoger vor.

+++ Gotha: Anquatschversuch durch Polizei und VS +++

Auch in Gotha kam es im Laufe der letzten Woche, am 15.06.2005, zu einem Anquatschversuch durch den VS und die Polizei. Eine junge Aktivistin bekam an jenem Mittwoch einen Anruf eines Herrn Klein von der Kriminalpolizei Gotha, bei dem dieser die Aktivistin zu einem Treffen bat. Da die Kameradin dachte, es ginge um ein Ermittlungsverfahren welches derzeit gegen sie läuft, sagte sie zu. Als der Kripo-Beamte Klein allerdings jenes Treffen nicht in der Dienststelle abhalten wollte, wurde die Kameradin schon stutzig. Trotzdem ließ sie sich auf ein Treffen auf „neutralem“ Boden ein, da sie wissen wollte, welches Spiel hier mit ihr gespielt wurde. Mit einer weiteren Zeugin begab sie sich also zum abgemachten Treffpunkt.

Dort kam ein junger Mann, der sich nur als „Karsten“ ausgab, auf sie zu und teilte ihr mit, dass er als Vertretung des Herrn Klein gekommen sei, aber nicht für die Polizei arbeitete. Er fragte die Aktivistin, ob sie sich vorstellen könne für eine Geldsumme Infos zu diversen Veranstaltungen auszuplaudern. Als die Kameradin dies auf der Stelle verneinte, wurde der VS-Mitarbeiter noch dreister. Er sagte, dass er evtl. auch diverse Bilder und Grafiken aus dem Dritten Reich aufreiben könne. Die Kameradin lehnte erneut entschieden ab und beendete das Gespräch.

Meinungsfreiheit erkämpfen! VS abschalten !

25.06. Erfurt: Sommer-Sonne – Sozialproteste

Von: N.S. Altenburger Land – 27.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=604

Nach der teilweise recht chaotischen Demonstration ein paar Wochen zuvor in Erfurt, wo sich die Polizei von bürgerlichen „Gutmenschen“ und Links-Faschistischen Gruppen lange Zeit ein Radauklima aufzwängen lies, organisierten freie Aktivisten zusammen mit der NPD erneut eine Demonstration in der thüringischen Landeshauptstadt.

Gerade durch die neue Situation mit wahrscheinlichen Neu„Wahlen“ im September diesen Jahres, verständigten sich die relevanten Kräfte der nationalen Opposition in Thüringen, diese Demonstration breiter zu bewerben und somit einerseits zu zeigen, dass wir uns von LinksFaschistischen Gewalttätern weder einschüchtern noch behindern lassen und zum anderen ein deutliches Startsignal in den Bundestagswahlkampf zu setzen!

Unter diesen Vorzeichen, fanden sich dann am Sonnabend auch ca. 250 Nationale Sozialistinnen und Sozialisten in der Landeshauptstadt ein.

Leider brach uns –in demokratischster Natur- durch den Rechtskampf das „Freiheitsrecht“ weg und man konnte sich nicht auf dem Anger versammeln, wie geplant, sondern wurde von den zusammengewürfelten Polizeieinheiten in einen Käfig nahe dem Bahnhof geleitet. Wie schon in Halbe eine Woche zuvor, schienen auch hier wieder besonders „engagierte“ BRD-Schutztruppen im Einsatz zu sein (teilweise sogar identische Einheiten, was das Erheben von Dienstaufsichtsbeschwerden gegen die pöbelnden und handgreiflich werdenden Polizisten erheblich vereinfachen dürfte...). Es ist hier die Vermutung zu erheben, dass sich hier scheinbar eine Polizeitruppe bundesweit eingesetzt wird, welche teilweise bewusst und kalkuliert Ausschreitungen unserer Seite provozieren soll (oder will). Dies ist natürlich Vermutung des Verfassers, ist aber nicht von der Hand zu weisen, wenn man das Verhalten der Polizei am Sonnabend analysiert (...)

Demzufolge gab es auch diverse und konstruierte Komplikationen vor Beginn der Versammlung. So wurden willkürlich Ordner abgelehnt, obwohl diese weder mit bundesdeutschen Gerichten, noch sonst wie „negativ“ erfasst worden sind. Hier spielte die Polizei wohl auf Zeit, was aber nur begrenzt glückte und uns eigentlich auch nicht sonderlich ärgerte. Es wurde auch die Thüringer Landesfahne verboten, da diese wohl plötzlich zur Landesdienstfahne „befördert“ (oder in unseren Augen eher

DEGRADIERT) wurde.

Nachdem diese Spielereien aber dann beendet wurden, oder den Beamten nix mehr einfiel, konnte die Versammlung endlich eröffnet werden. Zuerst ergriff der Versammlungsleiter, Michael Burkert, das Wort und erklärte den Anwesenden noch einmal deutlich die Gründe für eine erneute Demonstration innerhalb dieser recht kurzen Zeit. Danach sprach der Bundesgeschäftsführer der NPD, Frank Schwerdt, dass Wort. Dieser richtet deutliche Worte in Richtung der wenigen Anwesenden Gegner eines sozialistischen Deutschlands. Zudem zeigte er auf, warum die NPD eben die einzig wählbare Alternative in diesem Staate sein kann. Die Parteikartelle der Etablierten sind Stütze der Wirtschaft und somit der Globalisten. Aus dieser Richtung kann -naturgemäß- keine Veränderung kommen ...

Nun begann sich der Demonstrationszug in Bewegung zu setzen. Unter lautstarken Sprechchören bewegte sich die nationale Jugend durch die Landeshauptstadt Erfurt. Begleitet von einem starken und gereizten Polizeiaufgebot aus Nordrheinwestfalen und einigen Störern (unserer Zählung nach ca. 40, welche nach 15 Minuten außer Atem waren, da sie uns ja immer hinterher rennen mussten, um den Eindruck zu erwecken, dass an allen Straßen Menschen gegen uns demonstrieren ;-)) Leider wurden die Bürgerinnen und Bürger natürlich von dem Aufgebot der Polizei abgeschreckt und es befanden sich nicht viele Menschen direkt an der Strecke. Allerdings konnte man an vielen Fenstern Menschen sehen, welche uns zuwinkten und sich über die Linksfaschisten beschwerten...

Am Zwischenkundgebungsort angekommen, ergriff zuerst die freie Aktivistin Yvonne M. das Wort und erklärte in bekannter Manier wie Absurd sich der BRD Staat versucht durch neue Gesetze und Verbote gegen nationale und sozialistische Jugendliche und deren Alternativen zu schützen versucht. Als zweiter Redner konnte man Kurt Hoppe, seines Zeichens Vorsitzender Der -Deutschen Partei- lauschen. Auch hier wurden deutliche Worte zur Analyse der aktuellen politischen Lage gefunden und klar ausgedrückt, dass wir einen deutlichen Kurswechsel in der Deutschen Politik benötigen...

Nach einigen Minuten Verzögerung, weil es angeblich eine Blockade gab, konnte man weitermarschieren in Richtung Anger. Auch auf diese Strecke machte man wieder mit lautstarken Sprechchören darauf aufmerksam, dass wir einen Nationalen Sozialismus vertreten und unser Selbstverständnis: frei-sozial & national ist ...

Nun verzog sich auch die Sonne etwas und es zog eine frische Brise auf. Dies lockte wohl auch ein paar mehr „Gutmenschen“ in Richtung Domplatz,

so dass wir dort von ca. 400 Gegendemonstranten „begrüßt“ wurden. Übrigens hatte man auch hier wieder einen Käfig für uns parat, was erneut zeigte, wie pervers dieser Staat agiert. Erkannte und Bekennende Linksfaschisten welche Gewalt gegen Andersdenkende durchführen, können sich frei bewegen, während die nationale Jugend, welche Woche für Woche friedlich auf Deutschlands Straßen steht, wie wilde Tiere interniert werden. So bleibt uns nicht nur zu prophezeien, sondern auch zu wünschen: Gute Nacht BRD – Wach auf Deutschland!

Nun ergriff der bekannteste freie Aktivist, Kamerad Christian Worch, das Wort und auch er fand wieder deutliche Worte gegen das perverse Selbstverständnis derjenigen, die hier gegen Jugendliche demonstrieren, welche auch in Ihrem Sinne eine sozialistische Staatsalternative fordern. Man kann daraus ja nur schlussfolgern, dass diese Menschen scheinbar mit der derzeitigen Situation zufrieden sind und somit die Stützpfeiler der Globalisten und Wirtschaftsbesitzer sind. Das man aber auf der Seite nicht als Mensch, sondern nur als Humankapital und somit statistisch bewertet und erkannt wird, wollen diese verblendeten Menschen scheinbar nicht sehen. Es ist ja auch viel einfacher, sich dem plumpen und noch dazu völlig falschem Antifaschismus hinzugeben, welcher nicht viel nachdenken erfordert (...)

Nacheinander sprachen nun noch der freie Aktivist Alexander Hohensee, aus dem Norden und der NPD Aktivist Thorsten Heise, welche in der Linie des Kameraden Worchs noch einmal forderten, dass sich alle gutwilligen Deutschen endlich klar werden, wo der Feind verortet werden müsse und wie & wo eine glaubhafte und vor allem wirkliche Alternative stehen muss, nämlich bei einem Deutschen Sozialismus! Der kommende Bundeswahlkampf wird zeigen, ob das Volk wirklich langsam aufwacht, oder ob es weiter schläft und somit vielleicht sogar die letzte Chance verschläft, um sich aus den Zwängen eines kapitalistischen und globalistischen Systems zu befreien um endlich die Gemeinschaft und somit die Gesellschaft selber zu organisieren und zu bestimmen (nicht wie derzeit, wo das Volk kaum Möglichkeiten hat, sich am Kurs der Politik und schon gar nicht dem Kurs der Wirtschaft zu beteiligen).

Inzwischen ist der Polizei und der Stadtverwaltung wohl eingefallen, dass der Feierabend ja noch länger verzögert würde, wenn man uns nicht so schnell wie möglich „los würde“. Demzufolge kam nun die Anordnung, dass wir mit Bussen zum Bahnhof verbracht würden. Die „Begründung“ bzw. das Alibi war, der Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Das man uns nicht vor dem lächerlichen Haufen von „Gutmenschen“ und -Antifas- schützen musste, ist sicherlich jedem klar. Es

folgte dementsprechend auch einiger Unmut bei den Leuten, welche natürlich zu Fuß den Rückweg antreten wollten. Die aggressiven BRD-Polizisten ließen dies allerdings nicht zu und somit wurden auch die unwilligen Demonstrationsteilnehmer in die Busse verbracht.

Nun gut, da die militanten Linksfaschisten ja auch logistisch vom Staat und den Parteien unterstützt werden, könnte man sich auch denken: Danke an die Erfurter Stadtbetriebe, welche uns kostenfrei Ihre Verkehrsmittel zur Verfügung stellten. Die Busfahrer standen uns jedenfalls nicht ablehnend gegenüber ;-)

Das Fazit des Tages ist leicht zu ziehen: Wir waren erneut in Erfurt und auch wieder auf dem zentralen Platz der Stadt, nämlich dem Domplatz. Auch die Teilnehmerzahl von 250 Sozialistinnen und Sozialisten ist positiv zu bewerten. Da der Wahlkampf bevorsteht, haben wir in der Landeshauptstadt ein deutliches Signal setzen können, wo sich die nationale Opposition verortet, nämlich im antikapitalistischen und antiglobalistischen Lager. Die Gegenaktivitäten waren mehr als lächerlich und dürftig und es zeigt einmal mehr, dass die „Front“ der verwirrten Menschen gegen nationale und sozialistische Argumente bröckelt und wankt!

Erfurt ist und bleibt ein wichtiges Symbol für die Thüringer Opposition und deshalb werden wir nicht das letzte Mal hier gewesen sein.

Euer Kapitalismus ist asozial Unser Sozialismus national

Wunsiedel: Einiges zur Rechtslage im Vorfeld der Veranstaltung

Von: Versammlungsleitung – 26.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=592

Nach dem Riesenerfolg des Wunsiedel-Gedenkmarsches im letzten Jahr (2004) sind 50 „Volksvertreter“ aus Wunsiedel einschließlich Bürgermeister und Landrat zum Innenausschuß des Bundestages gefahren, um ein Spezialgesetz gegen die Aufmärsche in Wunsiedel zu erreichen. Man sagte wohlwollende Prüfung zu. Die Medien beherrschte dann aber der beabsichtigte NPD-Aufmarsch beim Brandenburger Tor zum 8. Mai 2005. Hiergegen sollte etwas gemacht werden. Letztendlich ist herausgekommen, daß an bestimmten Orten, wo NS-Opfer geehrt werden sollen, rechte Aufmärsche untersagt werden können. Zum Beispiel: Holocaust-Mahnmal. Bundesweit sind etwa 15-20 solcher Orte im Gespräch. Der Versuch Wunsiedels, in diese Liste herein zu rutschen, ist gescheitert. Das Gesetz hat also keine Bedeutung für die Heß-Gedenkmärsche.

Die neu eingeführte Strafvorschrift, daß die „Verherrlichung“ der

nationalsozialistischen Willkürherrschaft" strafbar sei, hat keine Bedeutung für die Heß-Gedenkmärsche, da dergleichen schon in der Vergangenheit in Wunsiedel nicht stattgefunden hat.

Angekündigt hat der Landrat bereits ein Verbot; Der Veranstalter Jürgen Rieger hat dem Landrat eine einstweilige Anordnung angedroht, wenn er nicht unverzüglich das Verbot erläßt, weil dort wiederum die Verzögerungsmasche läuft (Verbot erst kurz vorher, damit das Bundesverfassungsgericht in Zugzwang kommt). Es werden wohl auch wieder Verwaltungsrichter ausgetauscht, so daß auch beim Verwaltungsgericht und beim Oberverwaltungsgericht das Verbot durchgeht. Spätestens beim Verfassungsgericht - wie auch früher schon - wird das Verbot gekippt.

Demonstration in Heilbronn am 18.06.

Von: KS Bergstrasse - 25.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=586

Seit einiger Zeit vollziehen sich in der Kärntenstadt Heilbronn interessante und hoffnungsvolle Entwicklungen auf und von nationaler Seite: Im bisher als REP-Hochburg bekannten Heilbronn hat sich mit dem Verein "Nationales Bündnis Heilbronn" (NBH) ein Zusammenschluß nationaler Kräfte - nach dem erfolgreichen Dresdner Vorbild - vollzogen. Bereits mehrere gut besuchte Veranstaltungen wurden durchgeführt und entsprechend gehässig war das Geschreibsel der örtlichen Monopolpresse. Im März kam es darüberhinaus dann ebenfalls in Heilbronn zu einer gelungenen Vorstellung der neu ins Leben gerufenen "Bürgerinitiative für ein besseres Deutschland", mit 120 Teilnehmern. Daß dies weit über Heilbronn hinaus Bedeutung hat, beweist die hysterische Reaktion der antideutschen Kräfte. So wurde nach einem Antifa-Anschlag auf ein Versammlungslokal Druck auf sämtliche Wirte in Heilbronn ausgeübt, nationalen Veranstaltungen zukünftig Räume zu versagen. Nun versucht man offenbar die bereits traditionell gewordene nationale Sonnwendfeier im Heilbronner Umland stören zu wollen, bei der dieses Jahr - als echter Gemeinschaft-veranstaltung ALLER nationalen Kräfte - mit besonders vielen Teilnehmern zu rechnen ist. Sogenannte Antifaschisten haben für den 18.6.2005 in Heilbronn eine Demonstration gegen "Nazis" angekündigt, wohl um Publikum nach Heilbronn zu locken und dann anschließend Versuche zu unternehmen, die Sonnwendfeier nationaler Kräfte zu stören. Daß wir dies nicht zulassen werden, ist klar! Daher: Nicht primäres Reagieren auf linke Provokationen, sondern Agieren und aufkommende Angriffe von Antideutschen ins Leere laufen lassen. Den Deutschen, die es noch sein wollen, durch offensives und permanentes Auftreten im öffentlichen Raum den Rücken stärken und Ihnen Leitbild sein, den angesammelten

Unmut und den Verdruss über ein volksfeindliches Regime auch öffentlich zu artikulieren. Es ist daher hoch an der Zeit, auch in Heilbronn nicht nur auf dem Wahlzettel, sondern vor allem im öffentlichen Raum Präsenz und Flagge zu zeigen. Die Krise des politischen Systems ist in den letzten Tagen und Wochen immer offensichtlicher zu Tage getreten: Tragen wir daher unser nationales Anliegen auf die Straße, zeigen wir dem Bürger, daß es nur eine Alternative zum rot-grün/schwarz-gelben Staatsbankrott gibt - eine Neue Ordnung, ein besseres Deutschland, die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates!

So versammelten sich dann auch knapp über 100 volkstreu Aktivisten in Heilbronn um unter dem Motto "Schluß mit der Ausplünderung des Deutschen Volkes! - Wir sind nicht das Sozialamt der Welt!" zu demonstrieren. Die gleichzeitig statt findende Antifa-Demonstration lockte ca. 200 Personen an, welche allerdings nicht dazu dienen sollte dem Bürger politische Programme zu vermitteln, sondern um nationale Demonstranten zu attackieren. Dies gelang der Antifa, trotz zahlenmäßiger Überlegenheit an diesem Tage, allerdings nicht. So blieb es ausschließlich bei feigen Flaschenwürfen aus dem Hinterhalt, wobei der eigene Genosse schon mal einen Treffer wegstecken mußte. Direkten Konfrontationen waren die Antifaschisten nicht gewachsen, so zog man sich selbst gegen 25 anreisende Nationalisten und einige wenige Polizisten zurück. Dies erfolgte nicht etwa bei antifaschistischer Unterlegenheit, sondern während dessen man den ganzen linken Demonstrationszug zur Verfügung hatte. Wieder begnügte man sich auf das Werfen von diversen Gegenständen und wartete darauf bis eine anrückende Spezialeinheit der Polizei den Nationalisten den Weg zu ihrer Veranstaltung frei knüppelte. Antifa bedeutet eben Unentschlossenheit!

So verlief dann auch die nationale Demonstration, abgesehen von den bereits erwähnten Flaschenwürfen, problemlos. So konnte man während der Demonstration allerlei Antifa-Prominenz aus dem heimischen Südhessen bestaunen, hatten sich doch Genossen der "Antifaschistischen Aktion Weschnitztal" und der "Jusos" in Heilbronn versammelt, um unsere rechtmäßig angemeldete Demonstration zu "verhindern" - was eben leider nur ein Wunschtraum bleiben sollte. In den Abendstunden konnte noch eine gemeinsame Sommersonnenwende mit ca. 250 Personen im Raum Heilbronn durchgeführt werden. Alles in allem ein erfolgreicher Tag für den Nationalen Widerstand, der an diesem Wochenende auch in Halle, Hamburg und Braunschweig demonstrierte.

Halbe: Heldengedenken ist jeden Tag...

Von: FK Halbe - Thüringen - 19.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=583

...natürlich betrifft dies ein innerliches und persönliches Gedenken an die gefallenen Helden unseres Volkes und die, der befreundeten Völker im großen Ringen um die europäische Freiheit. Heute fanden sich zwischen 100 - 120 volkstreu Menschen in Halbe ein, um unter dem Motto: "Ruhm und Ehre dem deutschen Frontsoldaten und den Opfern der kommunistischen Gewaltherrschaft !" dem Aufruf des - Freundeskreis Halbe- zu folgen.

Nach dem erwarteten und eigentlich üblichen Rechtsstreit vor den Verwaltungsgerichten, konnte man sich also heute um 12 Uhr am Bahnhof in Halbe treffen.

Empfangen wurde man von einem großen Aufgebot an Polizei, welche wohl scheinbar in ihrer Freizeit viel mit Tieren zu tun haben, denn sie meinten uns eine Art Käfig bauen zu müssen, worin wir unsere Veranstaltung abhalten sollten. Dabei ist es sogar im bundesrepublikanischen Umweltministerium von Frau Künast normal, dass Käfighaltung bekämpft und abgelehnt wird. Scheinbar gilt das aber bei volkstreu Menschen nicht und diese können ruhig in einen Käfig eingezwängt werden...

Man schien schon daran erkennen zu können: Hier versuchen sich ein paar „Polizeiexperten“ an kreativer Provokationstaktik.

Als erster Redner trat Kamerad Worch auf. Dieser klärte die anwesenden Kameraden noch einmal über den abgelaufenen Rechtskampf auf und machte deutlich, mit welchen Mitteln der Staat versuchte das Heldengedenken sowohl am heutigen Tage, als auch im November zu verhindern. Am Interessantesten dürfte wohl das „plötzliche Auftauchen“ von Pollern zu sein, welche den Weg zum Friedhof nun versperren sollten. Diese werden „komischerweise“ mitten in einem Rechtskampf aufgebaut, wo noch gar nicht feststehen konnte, ob der Marsch genehmigt wird oder nicht! Zum Glück sind diese Poller keine unüberwindbaren Hindernisse und es gab in der BRD-Geschichte bereits massig Beispiele, wo Steuergelder für Sachen ausgegeben wurden, welche völlig nutzlos waren und hinterher wieder abgerissen werden mussten...

Zwischenzeitlich beratschlagte wohl auch der „große Rat der Polizeiführung“ und ihm fiel wohl ein, dass die Versammlungsteilnehmer ja eigentlich gar nicht im fein aufgebauten Käfig standen, sondern vielmehr auf dem Gelände der -Deutschen Bahn-. Diese wollte natürlich keine „Besetzung“ von volkstreu Menschen und somit forderte die Polizeiführung die

Kameraden auf, sich in den Käfig zu bewegen. Dies stieß erwartungsgemäß auf Ablehnung und man wusste nun nicht so recht was man mit den Leuten tun sollte. Da laut Grundgesetz niemand dazu gezwungen werden kann, an einer Demonstration direkt teilzunehmen, entschloß sich ein Großteil der „vorherigen“ Demo-Teilnehmer, für den Bereich außerhalb des Käfigs. Somit wurden rechtlich aus den Demonstrationsteilnehmern Zuschauer der Demonstration bzw. Kundgebung.

Als nächster Redner trat der Kamerad Hohensee aus Norddeutschland auf und sprach inhaltlich deutlich gegen die gleichgeschaltete Geschichtsklitterung und gegen das einseitige Bild, was heute, wie seit 60 Jahren, verbreitet wird. Frauen und Männer, welche die mit Dreck übergossene Zeit erlebt haben und aus eigenen Erfahrungen sprechen können, werden als Verrückte abgestempelt! Demgegenüber steht die deutsche Jugend, welche sich der Wichtigkeit einer objektiven Sichtweise, gerade heute, bewusst ist und dementsprechend NICHT auf das Gerüst von Lüge und Verleumdung reinfällt!

Zwischenzeitlich hat der bereits oben erwähnte (und vom Verfasser vermutete) „große Rat der Polizeiführung“ weiter nachgedacht, was man denn noch machen könnte, um die trauernden Menschen zu nerven und förmlich zu provozieren. Dies dachte man während der Rede des Kameraden Hohensee auch gefunden zu haben, denn man zähle nunmehr die offiziellen Versammlungsteilnehmer (also die, welche innerhalb des Käfigs waren). 14 an der Zahl konnten ausgemacht werden und somit war die Lautstärke der Beschallungsanlage –laut Aussagen der Polizei– zu laut, denn 14 Leute brauchen nicht soviel Dezibel (...).

Als letzter Redner an diesem Tage konnte man den Kameraden Axel Reitz begrüßen, welcher es sich nicht nehmen ließ, auch noch einige Worte an die anwesenden Kameraden –im Käfig– und die zuhörenden (aber rechtlich nicht teilnehmenden) Kameraden zu wenden. Er machte deutlich, dass hier auch den gefallenen Arbeitern des Volksaufstandes von 1953 gedacht wird und das das wahre und freiheitliche Deutschland in den Herzen der vielen volkstreuen Menschen lebt, welche sich tagtäglich gegen Lügen, Hetze, Repression und Anfeindungen jeglicher Art ausgesetzt sehen. Heutzutage dreht sich das etablierte Karussell der Machtelite noch so wie sie es wollen, aber dies wird nur solange gehen können, wie es das Volk zulässt. Kamerad Axel beendete seine Rede mit einigen Worten eines großen Deutschen und danach wurde die Veranstaltung von Kamerad Lars Jacobs (dem hier besonderer Dank für die Demonstrationsorganisation gilt) beendet.

Zum Schluß musste man noch hohen Besuch aus der brandenburgischen

Politkaste am Rande belächeln, welcher sich –im Schutze seiner „Bodyguards“– nicht nehmen ließ, „mal vorbei“ zu schauen. Man überlege einmal, wie viele Mann Bewachung die ehemalige deutsche Reichsführung hatte, wenn sie öffentlich auftrat. Heute hat jeder mittlere Politiker ab dem Landtag, scheinbar seine eigenen Personenschützer. Fragt sich nur, wer hier vor wem geschützt werden soll(te).

Störungen von „Antifaschistischer“ Seite gab es keine! Angekündigt waren für diesen Tag großspurig 3 000. Anwesend waren –trotz attraktiven eingesetzten Pendelverkehrs durch die staatliche Infrastruktur– zwischen 600-800 selbsternannte „Gutmenschen“.

Wir, als –Freundeskreis Halbe– und die weiteren anwesenden Kameraden haben einmal mehr bewiesen, dass wir uns nicht daran hindern lassen, den gefallenen Helden unseres Volkes zu gedenken und zu ehren! Daran ändert weder eine selbsternannte –Antifa– etwas, noch eine Staatsmacht, die meint, sie könne die eigenen Gesetze aushebeln und nach eigenem Gutdünken auslegen! Auch Polizisten mit einer Ader zum Posenpiel oder zur Komik werden dies nicht verhindern können...

Deshalb Kameraden, am 12. November auf nach Halbe!

Ruhm ist:
**MITGEDACHT ZU WERDEN
WENN AN EIN GANZES VOLK
GEDACHT WIRD!**

Halle: Gedenken den mitteldeutschen Freiheitshelden

Von: N.S. Altenburger Land – 19.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=582

Im Juni 1953 standen tausende Arbeiter in der sowjetisch besetzten Zone (DDR) auf, um gegen den aufkommenden Staatskapitalismus des faschistoid gebärdenden SED-Regimes zu rebellieren. Sie wollten sich nicht länger der Diktatur des Kapitals und der Einheitspartei –SED– von Sowjets Gnaden unterwerfen und nahmen das Wort SOZIALISMUS ernst. Leider, wurde dieser eben in der DDR nicht so gesehen und die Parole: „Von der Sowjetunion lernen –heißt siegen lernen“ zeigte deutlich, was auf die Menschen zukommen würde ...

Halle war eines der Zentren dieses Aufstandes. Tausende Menschen gingen am 17. Juni 1953 auf die Straße und setzten ihr Leben ein, um zum Wohle des deutschen Volkes diese Zustände zu beseitigen. In dieser revolutionären Stimmung waren sich die Menschen endlich wieder ihrer Kraft bewußt! Das Deutschlandlied wurde vielfach aus tausenden Kehlen gesungen und in dem Moment begann die Fackel der

deutschen Freiheit wieder zu leuchten!

Dies war natürlich gefährlich, sowohl für die faschistischen Machthaber in der Sowjetunion und deren Handlanger in der DDR, als auch für die kapitalistischen Machteliten im Westen! Die Deutschen lebten und sie kämpften! Dies musste unterdrückt und niedergeschlagen werden! Durch die Hilfe des sowjetischen Militärapparates in der DDR, schaffte man es dann auch und über 15 000 Menschen wurden verhaftet und ca. 60 Menschen fanden den Tod.

NICHT tot ist allerdings der Wille des deutschen Volkes, sich nicht auf Dauer von einem System unterdrücken oder entmündigen zu lassen! Das Volk beseitigte die Ketten des staatskapitalistischen Systems der DDR durch eigene Kraft im Jahre 1989. Auch heute gibt es eine Jugend, die nicht mehr bereit ist, dem Raubtierkapitalismus a la USA einfach so hinzunehmen!

Deshalb und im Gedenken an die Opfer des Volksaufstandes von 1953 trafen sich am Freitag, dem 17. Juni 2005 ca. 200 –250 Nationale Sozialisten in Halle, um zu zeigen, dass man in der Tradition dieser mutigen und heldenhaften Menschen steht!

Der Anmarsch zum Versammlungsort wurde natürlich wieder von einem recht kläglichen Haufen von selbst ernannten Anti-Faschisten begleitet, wobei es auch einmal die üblichen „Argumente“ der –Antifas– nämlich Steine gab. Die Polizei war in einer recht „jugendlichen“ Besatzung vor Ort und war deshalb nicht so richtig vorbereitet auf diesen „Überfall“ und somit mußte man selber den diskussionsfreudigen –Antifas– entgegenlaufen. Diesen verschlug es dann wohl die Sprache; oder aber die „Argumente“ schienen dann wohl doch nicht soooo überzeugend bei uns „einzuschlagen“, so dass man teilweise in wüster Flucht Abhänge runterpurzelte, um nicht mal unsere „Sicht der Dinge“ anhören zu müssen! Doch raffte sich auch die Polizei ein wenig auf und hatte die Situation des Anmarsches recht gut im Griff.

Am Versammlungsort fanden sich dann auch ein paar mehr –Antifas– ein, wobei hier in Halle wohl auch der sog. Anti-Deutsche Flügel vertreten zu sein schien. Es wurden jedenfalls bekannte Protagonisten dieser besonders dümmlichen Ausrichtung innerhalb des internationalistischen Lagers gesichtet. Vielleicht ja mal ein Ansporn für die antiimperialistischen –Antifas– eine interne Säuberung vorzunehmen ;-) ... denn die Antideutschen sind wohl die wahren Faschisten.

Es flogen auch hier ein paar wenige Steine und auch Joghurt wurde uns entgegen geworfen. Naja Not macht erfinderisch, aber durch die finanzielle Subvention durch den Staat könnte man auch wirklich kreativer sein...

Erster Redner war an diesem Abend der bekannte nationale Aktivist Axel Reitz. Dieser spannte den Bogen in seiner bekannt meisterlichen Rhetorik vom Volksaufstand in Mitteldeutschland, über die Geschichte der Opferbereitschaft und der Einsatzbereitschaft des deutschen Volkes in seiner Geschichte, bis hin zur Situation unseres Landes in der Gegenwart! Deutliche Worte wurden in Richtung etablierte Machtelite gewandt und es wurde einmal mehr deutlich, dass hier die Parole „Kampf-Aktion-Widerstand“ keine leere Worthülse ist...

Nun begann der Trauermarsch. Leider ohne Fackeln, denn diese wurden von der Stadt verboten. Man hat eben Angst, dass die geistigen Feuer der deutschen Jugend auch noch durch Fackeln deutlich sichtbar manifestiert werden! Unsere Herzen brannten und brennen dennoch und so ging es unter Trommelschlägen los durch die Straßen von Halle. Der Zug marschierte diszipliniert und würdevoll bis zum Ort der Zwischenkundgebung.

Hier ergriff ein Aktivist aus Thüringen das Wort und machte ebenfalls noch einmal deutlich, warum man heute hier stehe und den ermordeten und internierten Helden des Arbeiteraufstandes von 1953 gedenkt. Es wurde klar gemacht, dass es nichts mit Freiheit zu tun hat, wenn die Globalisierungswelle „frei“ über Europa und Deutschland rolle und Millionen an Arbeitsplätzen im Sinne einer finanziellen Geldgier und sog. „Effizienz“ opfere. Freiheit ist und bleibt die Freiheit des Volkes und nicht nur die einer kleinen Machtelite...

Der Marsch setzte sich fort und fand am Bahnhof seinen Abschluß, wo der Magdeburger Kamerad Biere noch ein paar abschließende Worte fand! Er griff die Gewerkschaften scharf an und zeigte auf, dass es auch heute Arbeiterverrat gibt und dieser ebenso organisiert ist, wie die Niederschlagung des Aufstandes 1953. Heute werden die Arbeiter eben „nur“ subtiler nieder gehalten. Man hielt zum Abschied noch eine Schweigeminute für alle Opfer dieser Tage im Jahre 1953 ab und beendete dann die Demonstration.

Fazit des Abends:

Nationale Sozialisten haben ehrenhaft den Gefallenen des Arbeiteraufstandes gedacht und es gilt ein großer Dank an die Organisatoren des Trauermarsches. Gerade die nationale und volkstreuere Jugend kann sich an solchen historischen Daten orientieren, und verinnerlichen, dass es immer Charakter des deutschen Volkes ist und war, sein Schicksal in größter Not selber in die Hand zu nehmen! In diesem Sinne:

Kein Vergeben – Kein Vergessen!

Halbe: Sieg vor dem Oberverwaltungsgericht

Von: FK Halbe – 17.06.2005

+ www.freier-widerstand.net/?id=578

Um es kurz zu machen. Allen Befürchtungen zum Trotz - allen Medienberichten entgegen: Das neue Gräbergesetz für das Land Brandenburg ist null und nichtig und bezieht sich nicht auf den Waldfriedhof Halbe. Die Umwidmung des Vorplatzes vom Waldfriedhof wurde auch nicht rechtmäßig umgewidmet. Die Entziehung der Ernst-Teichmann-Straße für den öffentlichen Verkehr ist rechtswidrig. Das Aufstellen von Pollern an der Ernst-Teichmann-Straße erweist sich ebenfalls als rechtswidrig. Ein großer und historischer Sieg für die nationale Opposition! Die wahren Feinde der Demokratie haben mit dem Beschluß des Oberverwaltungsgericht einen gehörigen Denkkzettel verpaßt bekommen! Das Oberverwaltungsgericht schreibt in seinem Urteil - Wenn sich das Polizeipräsidium Frankfurt / Oder auch bei der Heldengedenkveranstaltung im November weiterhin auf das Gräbergesetz stützen sollte, es sich dies noch einmal gut überlegen sollte da dieses nicht im Einklang mit Artikel 8 des Grundgesetzes steht.

Für die Veranstaltung am 18. Juni 2005 verbleibt der Bahnhof unser Kundgebungsort. Wir haben den Weg frei gemacht, dass das "Heldengedenken am 12. November 2005 in Halbe stattfinden wird. Auch mit Gedenkkranzen mit der Aufschrift: "Schwere SS-Panzerabteilung 502" - diese waren es die den Kessel von Halbe am 28. April 1945 aufgebrochen haben und ich bin glücklich zu wissen, dass wir ihrem Beispiel gefolgt sind. Mögen Thierse & Co. ihren Triumph genießen obwohl es seit heute keiner mehr ist!

Bürger Courage und die vermeintliche Wirklichkeit

Von: AG Dasein und Lachen! – 17.04.2005

+ www.freier-widerstand.net/?id=577

Dresden | Das japanische Palais in Dresden, dieser Prunkbau aus dem Jahr 1715, war am vergangenen Sonntag Schauplatz einer eigentlich recht amüsanten und für demokratische Verhältnisse wohl normale Veranstaltung des Freundeskreises gegen rechtsextremes Denken; Bürger.Courage. Diese Gruppe hat sich, wie so viele Gruppen, Vereine und Organisationen in Sachsen, dem Kampf gegen den Rechtsextremismus verschrieben was heute ja, zumindest hier in Sachsen, relativ modern und "hip" ist. So scheint es wie ein Muß für jeden demokratisch denkenden Neuzeittrottel, seine eigene, wenn auch unwichtige, Stimme gegen den

vermeintlich herrschenden Rassismus, Antisemitismus und die allseits gegenwärtige und immer wieder furchtbar aufkeimende Fremdenfeindlichkeit erheben zu müssen, um wenigstens irgendwann einmal sagen zu können: Ich tat was dagegen! und so das eigene Ego zu befriedigen. So war es auch nicht verwunderlich, dass den angereisten Kameradinnen und Kameraden, unter ihnen auch der Landtagsabgeordnete Klaus - Jürgen Menzel (NPD) und Diplom - Ingenieur Peter Naumann, am Eingang des japanischen Palais ein Schild entgegenstrahlte, welches zum Inhalt hatte, dass jene Personen, welche oben aufgeführte rechtsextremen Voraussetzungen erfüllten, der Zutritt nicht gestattet war. Man muss hier nun anmerken, dass das japanische Palais in Dresden ein öffentliches Gebäude und die Veranstaltung in der Sächsischen Zeitung als offen angespielt wurde. Also Grund genug für nationale Kräfte an der Veranstaltung teilzunehmen.

Recht unbehagt schauten die Veranstalter und einige Gäste drein, als sich die Kameraden den Weg zum Veranstaltungssaal bahnten. Ein Ordner, oder was auch immer er darstellen wollte, wurde zur Seite gedrängt als er den zaghaften, fast eingeschüchterten Versuch unternahm, den Eingang zu blockieren. Umgehend rannte besagter "Ordner" zu dem, im Moment noch einzigen, anwesenden Polizisten, welcher sogleich erklärte, dass es das Recht der Herren von Rechts wäre, an der Veranstaltung teilzunehmen und das bisher ja nichts passiert sei, was ein Einschreiten erforderlich machen würde. Verknapzt nahmen es die Veranstalter hin und akzeptierten die Präsenz nationaler Kräfte im Saal. Etwas später kamen dann noch ca. 20 Kameradinnen und Kameraden, welchen jedoch der Zutritt zum Saal durch die inzwischen eingetroffenen Beamten der Dresdner Polizei verweigert wurde.

Grund für die Veranstaltung war das Projekt "Tote", welches an der Elbe durchgeführt wurde. In Rahmen dieses Projektes hängte der veranstaltende Freundeskreis Bürger.Courage 100 Tücher an einem Drahtseil an der Elbe auf. Auf den Tüchern waren die Namen von 100 Opfern rechtsextremer Gewalt in einen Fließtext eingebettet worden um an sie zu erinnern. Ein weiteres Ziel der Aktion sei es, laut Selbstdarstellung seitens des Freundeskreises, ein bundesweites Zeichen für demokratisches Denken und gegen rechte Gewalt zu setzen. An dieser Stelle sei nun angemerkt, dass es einen wirklich langsam anödet, wenn Leute meinen das 2872. Zeichen gegen Rechts, oder rechte Gewalt, oder gegen Antisemitismus oder Fremdenfeindlichkeit, oder, oder, oder ... setzen zu müssen. Wenn man für jedes der in den letzten Jahren gesetzten Zeichen einen Wert von 3000 € angeben würde, könnte man so manchen deutschen Haushalt mit vielen Kindern und Hartz 4 einmal

was gutes tun und hätte damit wahrlich mal was vernünftiges getan. Zurück zur Veranstaltung. Zu Gast waren neben dem arroganten und dümmlich moderierenden Journalisten Michael Bartsch, die Vertreterin der Staatsanwaltschaft Dresden Kroll - Perband (Die Gesetze eines Staates anzuerkennen, heißt den Staat anzuerkennen! Das können Sie wahrlich nicht von uns erwarten), die Vertreterin einer der vielen unsäglichen und fürwahr überflüssigen Opferberatungen, Marianne Thum (Ihr Arbeitsplatz steht schon auf der Abschlusliste) und nicht zuletzt der, bei der Veranstaltung als Referent agierende Dr. Rainer Erb von der Europa-Universität Viadrina aus Frankfurt/Oder. Die Besucherschaft wurde, neben den genannten nationalen Aktivisten, vornehmlich von links-alternativen Jugendlichen, Antifas und Zivilcouragierten Pöbel gestellt. Dieser Pöbel zeigte dann auch während der anschließenden Fragerunde (eine Debatte an sich war nicht geplant bzw. wurde wohl kurzfristig angesichts der nationalen Aktivisten abgesagt), weshalb er Pöbel ist. Als nämlich zuerst Dipl. - Ing. Peter Naumann das Wort ergriff und eine Stellungnahme zum Inhalt des Vortrages von Dr. Rainer Erb gab, schrieen die Rudel bunt gekleideten und schlecht gekämmter Besucher wie wild und brachten so die Veranstaltung an den Rand des Scheiterns. Auch der Versuch von Klaus - Jürgen Menzel, MdL eine Stellungnahme abzugeben, scheiterte am Geblöke der treu-demokratischen bzw. bolschewistisch-antideutschen Schafe im hinteren Saal.

Der Inhalt des Vortrages, welchen dieser unmögliche Dr. Rainer Erb hielt, ist wenig nennenswert. In seiner soziologischen Analyse rechtsextremer Gewalttäter kam er zu der bahnbrechenden Erkenntnis, dass Gewalttäter von Rechts zumeist Alkoholiker sind, eine schwere Kindheit hatten und in sozial schwachen Verhältnissen aufwuchsen, welche sie prägten. Als Grund für rechte Gewalt machte er auch die Kameradschaftsstrukturen aus, welche heute in ganz Deutschland existieren. In ihnen gebe es ein typisches Macho – Gehabe der Männer, welche sich immer wieder neu bestätigen müssten. In Verbindung mit den Ergebnissen der oben genannten soziologisch - psychologischen Analyse ergäbe sich dann eine laufende Zeitbombe, welche jederzeit *Burnm* machen könnte. Die Leidtragenden wären dann eben Ausländer, [zensiert], Behinderte, Obdachlose und auch Jugendliche, welcher einer "feindlichen Subkultur" zugerechnet werden könnten. Als Beispiel hierfür nannte er die Kameradschaft Freikorps in Brandenburg und einen Vorfall, indem ein junger Punk gequält wurde. Also nichts neues, Klischees bedienen scheint ebenso modern zusein, wie das Setzen von Zeichen gegen Rechts und das Gründen von Gruppen und Organisationen mit der Bezeichnung

"Courage" im Namen.

Als der geistigen Auswurf des Dr. Erb beendet war, gab es noch kurze Statements der Staatsanwältin Kroll - Perband und dieser Marianne Thum, welche aber so fadenscheinig waren, dass es sich wahrlich nicht lohnt diese hier zu erörtern. Inzwischen war es auch recht voll geworden im Saal. Man schrie sich noch diverse Beleidigungen an den Kopf und fotografierte sich gegenseitig. Übrigens ein Hobby diverser Antifa – Mädels: Fotokollagen von jungen, durchaus gutaussehenden Nationalisten erstellen. Fragt doch einfach wenn Ihr uns kennenlernen wollt! Vor dem Gebäude gab sich dann ein Häufchen Antifas die Ehre, die mit Transparent und selbstredend zivilcouragiert verummmt an der gegenüberliegenden Straßenbahnhaltestelle Position bezog und lautstark gegen uns vorging. Amüsant dieses Bild von 30 zerlumpte Gestalten mit schlecht gemachten Transparent. Amüsant wurde es, als die Staatsanwältin Kroll - Perband zu ihnen ging und sie aufforderte den Platz zu verlassen. Dieser Aufforderung und dem Hinweis, dass Verummung nicht erlaubt wäre und sie das zu unterlassen hätten, kamen sie nicht nach, so dass Kroll - Perband ankündigte, die Polizei einzusetzen. Angesichts eines "Greiftrupps" (was bitte ist das?), welcher sich im Hintergrund formierte, entschlossen sich die "Rot - Front Helden" das Weite zu suchen und uns den Platz zu überlassen um als Fazit festzustellen, dass Antifa eben doch weglaufen heißt.

Fest der Völker: Europa feierte - die BRD eierte...

Von: Organisationskomitee - 13.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=571

Nachdem das Oberverwaltungsgericht in Weimar das -Fest der Völker- genehmigt hatte, konnte man auch die Mobilisierung wieder aufnehmen und die Vorbereitungen für den Sonnabend wieder beginnen lassen. Am Sonnabend früh war dann auch das erste was die Organisatoren und Helfer sehen mussten, als sie sich auf den Weg zum Veranstaltungsort machten, der Jenaer Pfarrer Lothar König. Dieser wollte uns scheinbar mit seiner intoleranten Toleranz auf den „richtigen Weg“ bringen ODER uns diesen versperren (was aber nicht funktionierte, er ist zwar wohlgenährt aber dazu müsste er viel mehr essen). Das wir im Leben längst auf der richtigen Spur sind, hat er mit seinen Lebensjahren scheinbar noch nicht begriffen. Jedenfalls war es sehr interessant zu hören, dass er den Anwohnern über Lautsprecheranlage mitteilte, dass wir „jetzt losfahren“. Danke Lothar, die Menschen in den Häusern hätten das nie bemerkt, wenn du sie nicht aus den Betten gescheucht hättest 

Adressenliste*

Die Meinungen der hier genannten Gruppen müssen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion entsprechen. Es werden von uns nur parteifreie Seiten verweisen, da wir eine generelle Zusammenarbeit mit Parteien ablehnen.

Aktionsbüro Norddeutschland

+ www.widerstandnord.com/aktionsbuero/

Aktionsbüro Rhein- Neckar

+ www.ab-rhein-neckar.de

Aktionsbüro Saar

+ www.aktionsbuero-saar.de

Aktionsbüro Süddeutschland

+ www.widerstandsued.de

Aktionsbüro Thüringen

+ www.aktionsbuero.org

Aktionsbüro Westdeutschland

+ www.ab-west.tk

Autonome Nationalisten Karlsruhe

+ www.fightback.tk

Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft

+ www.volksgemeinschaft.org

Festungsstadt Magdeburg

+ www.festungsstadt.com

Freie Nationalisten Rhein-Main

+ www.frontstadt.tk

FIT Norddeutschland

+ www.widerstandnord.com/fit/

Holsteiner Widerstand

+ www.widerstandnord.com/howi/

KS Bergstrasse

+ www.ks-bergstrasse.de

KS Weserbergland

+ www.ks-weserbergland.de

Karlsruher Netzwerk

+ www.karlsruhernetzwerk.org

Leverkusener Aufbruch

+ www.leverkusener-aufbruch.com

Mecklenburgische Aktionsfront

+ www.aktionsfront.org/maf/

Nationale Aktivisten Prenzlauer Berg

+ www.napb.tk

Nationaler Beobachter Erfurt

+ <http://erfurt.nationaler-beobachter.de>

Nationaler Beobachter Halle

+ <http://leni.gsb-online.com/nb-halle/>

NW Berlin/Brandenburg

+ www.nwbb.org

Widerstand Thüringen

+ www.widerstand-thueringen.de

UF Mecklenburg

+ www.ufk.de

Weitere Links

+ www.freier-widerstand.net

*Die Liste hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir verweisen nur auf Seiten mit politischem Inhalt. Wenn wir eure Seite hier nennen sollen, schreibt uns den Link mit einer Beschreibung per E-Mail an: mail@freier-widerstand.net

Bereits auf der Anfahrt versuchten ca. 20 „mutige“ Antifas unseren Konvoi zu attackieren, was aber durch Eigenschutz erfolgreich und leicht abgewehrt werden konnte. Wir geben ja der Gegenseite nicht gerne Tipps, aber wenn man sehen muss, wie Antifas einfach umfallen, wenn sie versuchen jemanden zu kicken, dann kann man dem nur sagen: ÜBEN ÜBEN ÜBEN...vielleicht ja sogar mit uns zusammen. Als Trainingspartner oder so ;-)

Die nächste Blockade war da schon etwas effektiver. Wobei hier gesagt werden muss, dass wir nur davon ausgehen können, dass hier die Polizeiführung bewusst mit den linken Faschisten Hand in Hand gearbeitet haben. Die Blockade des Veranstaltungsortes hätte leicht von uns geräumt werden können. Dies ließen die Polizeikräfte natürlich nicht zu (obwohl einige der Polizeibeamten in persönlichen Gesprächen deutlich ausdrückten wessen Position sie eher vertreten würden...aber das ändert leider nix an der Haltung der Polizei als Institution). Die Polizeiführung lies uns stattdessen einkesseln und nach ca. 45 Min wurde mitgeteilt, dass der Veranstaltungsort verlegt werden „müsse“ (über das „müsse“ haben wir natürlich andere Ansichten und diese werden gerichtlich geklärt!)

Somit machte sich der Konvoi erneut auf den Weg und durch die ganze Stadt. Die Hinhaltenaktik der Polizei zeigte natürlich Wirkung und die Zeit verstrich ziemlich schnell. Man muss der Polizei auch anlasten, wenn Kameradinnen und Kameraden in der Innenstadt in brenzlige Situationen gerieten, denn teilweise wurden Leute bewusst irgeleitet (...)

Endlich am neuen Veranstaltungsort angekommen, gingen natürlich die Aufbauarbeiten sofort los und recht schnell war auf dem Gebiet alles bereit. Erfolgreich haben wir auch eine Verlängerung der Veranstaltung bis 18.30 Uhr erreichen können und somit haben wir die Verzögerungen wieder egalisiert.

Gegen ca. zwölf Uhr begann das –Fest der Völker– dann auch. Nach dem der Veranstalter einige organisatorische Dinge mitgeteilt hat, begannen die Redebeiträge und Musikdarbietungen meistens im Wechsel. Die Kameraden aus Holland, Schweden, Bulgarien, Rumänien, Russland, Italien und so weiter, erklärten in Ihren Redebeiträgen Solidarität mit dem Kampf der nationalen Bewegung in Deutschland und bestätigten, dass es in allen europäischen Ländern eine starke und aufkommende nationale Jugend gibt. Die europäische Jugend wächst im Glauben an ein Europa der Vaterländer weiter zusammen und bekennt sich zum antikapitalistischen und antiglobalistischen Weg zwischen Kommunismus und Kapitalismus! Die Kameraden schlugen Brücken zwischen der Geschichte ihrer Länder und

Deutschland und machten klar, dass es zwischen den nationalen Bewegungen in Europa keine Bruderkriege mehr geben darf. Wir lassen uns in keine Konflikte mehr vom Großkapital gegeneinander hetzen! Der Feind wird in allen europäischen Ländern gleich verortet und zwar im kapitalistisch-globalistischen System der Großkonzerne und Lobbys...

Deutlich wurde auch von einigen Rednern, so wurde zum Beispiel vom Sprecher der griechischen –Golden Dawn– Bewegung ausgedrückt, dass wir die Türkei nicht zu Europa zählen und diese nicht in ein europäisches Konzept von Nationalstaaten gehört. Das bedeutet nicht, dass wir die Souveränität und Kultur der Türkei ablehnen, ganz im Gegenteil. Aber eben weil wir alle Kulturen und Völker erhalten, müssen wir realistisch diesen Weg in Europa beschreiten. Deutschland verbindet eine alte Freundschaft mit der Türkei und wir hoffen, die türkischen Nationalisten sehen die Lage in bzw. mit Europa genauso.

Die Musikbeiträge sind immer Geschmackssache, aber man konnte bei der Begeisterung der Leute erkennen, dass sie musikalisch sowie textlich den Nerv trafen. Man spielte unter einem Meer von europäischen Nationalflaggen auf und konnte somit klar sagen, dass hier das Herz von Europa schlug an diesem Tage

Da für das leibliche Wohl reichlich gesorgt wurde und auch viele Stände und Gruppen anwesend waren, konnte man sich zum Beispiel beim –Freundeskreis Halbe– oder beim –Mädelring Thüringen– und beim –Mitteldeutschen Sprachrohr– über deren Anliegen und die Arbeit der Aktivistinnen und Aktivistinnen erkundigen und informieren. Auch einige Versände waren anwesend und man konnte sowohl CDs als auch Klamotten kaufen. Inzwischen hatten auch ca. 1000 Leute aus ganz Europa den Weg zu uns gefunden und dementsprechend bunt waren auch die Gespräche untereinander..

18.30 wurde das –Fest der Völker– dann leider schon beendet und die Leute konnten ohne Probleme abreisen. Sicherlich hätte man noch lange weiter diskutiert, den Redebeiträgen gelauscht und sich bei etwas Musik abgelenkt. Aktivitäten der Antifa konnten nicht mehr ermittelt werden...

Das Fazit des Tages möchten wir kurz in zwei Teile aufschlüsseln:

1. Ist es natürlich unerträglich, dass vereinzelt Gruppen von Kameraden von der Antifa angegriffen wurden. Zum Glück gab es keine Verletzten weiter. Diesen betroffenen raten wir dringend sich unter der unten angegebenen E-Postadresse zu melden oder aber selber Anzeigen zu erstatten. Wenn nötig auch gegen die Polizei, wenn diese Euch offensichtlich irre geleitet hat (...). Des weiteren wurden Leute einfach so

zurückgeschickt. Diese bitten wir ebenfalls dringend sich bei uns zu melden, da wir dies für den Rechtskampf benötigen.

Die Antifa an sich, hat sich aber an diesem Tage trotz der kleineren Erfolge eine Ihrer größten Blamagen geleistet und ist nur noch als lächerlicher Schatten seiner selbst zu bezeichnen. Drei Angriffe auf ernstzunehmende Gegner und dabei drei deutliche Niederlagen sprechen nicht gerade für diese linken Faschisten (...). Besondere Hochachtung gilt den 9 Leuten, die ca. 50-70 Linksfaschisten in die Quere kamen, als diese gerade auf den Weg zum Haus der Jenaer Kameraden wollten. Dort angekommen sind sie allerdings nicht...

Zusammenfassend kann man sagen, hat die Antifa Ihr Ziel wieder deutlich verfehlt, denn das –Fest der Völker– wurde weder verhindert noch maßgeblich gestört! 1000 nationale Sozialisten aus ganz Europa sprechen für sich, wenn man überlegt, wie lange die Mobilisierung ausgesetzt werden musste...

2. Sehen wir auch politisch die Veranstaltung als Erfolg an. Wir mussten zwar den Platz auf Druck der Polizei erneut verlegen, aber die Veranstaltung wurde von uns in dem Rahmen durchgeführt, wie geplant. Des weiteren hat die Presse über Wochen berichtet und es verging kein Tag an dem man nicht einen Hetzartikel lesen konnte. Aber trotz der ganzen Hetze, waren wir immer mit der Bezeichnung –Fest der Völker– verbunden und dies bringt Leute zum Nachdenken. Denn eines ist Fakt, wie können „Ausländer-raus-gröhlende Naziskins“ ein Fest der Völker veranstalten? Müssten diese nicht die Ausländer aus der Straßenbahn werfen? Nicht wenige werden sich darüber Gedanken gemacht haben... Außerdem wurden in der Innenstadt nicht wenige Jugendliche attackiert, welche weder politisch noch weltanschaulich motiviert sind. Sie passten vom „Style“ einfach ins Bild der dogmatischen Linksfaschisten. Nun stellt sich die Frage, welcher Anschauung diese jungen Menschen jetzt aufgeschlossener sind!? Den selbsthassenden Antifas oder der nationalen Jugend?!

Der Stadt Jena können wir sagen: Danke für die kompromisslose Haltung uns gegenüber. Damit wird Jena auch nächstes Jahr Veranstaltungsort des –Festes der Völker– sein. Damit hat es Jena geschafft, nicht nur viele Studenten aus ganz Europa zu beherbergen, sondern auch nächstes Jahr wieder nationale Jugendliche aus ganz Europa als Gäste begrüßen zu dürfen. Wir jedenfalls freuen uns aufs nächste Jahr und versprechen, dann wird Europa noch stärker vertreten sein und deutliche Signale gegen den Kapitalismus und die Globalisierungsbestrebungen der Imperialisten zu setzen.

Natürlich bedanken wir uns auch bei

allen fleißigen Helfern, ohne die solche Veranstaltungen nicht durchführbar wären. Vielen Dank! Bis nächstes Jahr in Jena...

Für ein Europa der Vaterländer!

Hier noch die E-Post Adresse für die Leute die angegriffen oder zurückgeschickt worden sind:

ea@widerstand-thueringen.de

Bericht Sangerhausen/ Merseburg

Von: Christian Worch – 05.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=556

Am Freitag, dem 3. Juni, fand die erste von zwei Demonstrationen statt, die sich gegen die überfallartige Auflösung einer Grillfeier von Kameraden in Sotterhausen richtete. (Thema war: Gegen behördliche Repression und polizeiliche Übergriffe.) Bei strahlendem Sonnenschein und fast zu warmen Temperaturen versammelten sich ca. 180 bis 200 Teilnehmer. (Meine Zählung: 194; Polizeiangabe: 190; Presse: 200). Zur Auftaktkundgebung sprach ein älterer Kamerad aus der Region, Herbert. Auf den zwei Zwischenkundgebungen sprachen die Kameradin Ivonne Mädel aus Thüringen und der Kamerad Andreas Biere aus Magdeburg sowie meine Wenigkeit. Am Markt hatten bürgerliche Gutmenschen uns eine „symbolische Straßensperre“ in Form von niedergelegten Blumen, Windlichtern und Kerzen hinterlassen; die kostenlose Verfügbarkeit von Blumen führte zu den freundlichen Bildern, daß Nazi-Männer Nazi-Frauen Rosen überreichten. (Wahrscheinlich ist die Rose DIE typische Nazi-Blume: Schön und dornig.) Nennenswerte weitere Aktivitäten von Antifaschisten konnten wir nicht direkt feststellen. Nach Polizeiangaben wurde einmal (außerhalb unserer Sichtweite) eine Sitzblockade von vielleicht 40 Personen geräumt, und an der „symbolischen Straßensperre“ sollen zweihundertfünfzig Personen teilgenommen haben. Ob diese Zahlen realistisch oder übertrieben sind, kann nicht mit Sicherheit gesagt werden.

Nachdem der anschließende Grillabend ungestört blieb (die mit Einsatzkräften verfügbare Polizei wünschte lediglich mit einer kurzen Ortsbegehung festzustellen, daß keine Live-Musik gespielt wurde und von den Teilnehmern kein Eintrittsgeld erhoben wurde), ging es am folgenden Sonnabend zur nächsten Demonstration nach Merseburg, dem Sitz der Polizeidirektion.

Während ich in der Vorbereitung damit gerechnet hatte, daß an einem Sonnabendmittag mehr Demonstranten zusammenkommen würden als an einem Freitagabend, bewies sich in der Realität genau das Gegenteil: Wir waren in Merseburg um 100 Personen. (94

nach meiner Zählung; Angaben der Polizei oder Medien sind noch nicht bekannt.) Das Wetter war milder, aber immer noch angenehm sonnig. Auf den Zwischenkundgebungen sprachen die Kameraden Quaas aus Merseburg und Sascha Krolzig aus Hamm sowie meine Wenigkeit. Gutmenschlich-antifaschistische Gegenaktivitäten hielten sich in Grenzen – einmal mußte der Zug für knapp fünf Minuten gestoppt werden, weil die Polizei eine Sitzblockade zu beseitigen hatte. Darüber hinaus hatte die PDS unweit unseres Ausgangsortes und an der Route der Demonstration liegend eine Versammlung angemeldet, auf der sie u.a. für Gegendemonstranten kostenlos Essen austeilen wollte, was eine sehr soziale Idee ist. Versuche einzelner Kameraden, sich dort ebenfalls zu verköstigen, wurden von den Initiatoren allerdings zurückgewiesen. Für Nazis gab's nix zu essen. Ich glaube, das nennt man in marxistischem Sinne Zwei-Klassen-Gesellschaft. Verhungert ist natürlich trotzdem kein Teilnehmer....

Demonstration gegen behördliche Willkür in Sangerhausen

Von: Jugend Rebellierte – 04.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=552

Seit Wochen und Monaten terrorisiert der Staat und seine grün-weißen Handlanger das Leben nationaler Aktivisten in Sangerhausen und Umgebung. Dort werden nationale Menschen zu Verbrechern erklärt und man versucht alles um sie in die Knie zu zwingen. Doch da rechnet das System nicht mit der nationalen Solidarität in unserer Reihen und deshalb trafen sich ca. 200 Nationalisten am Freitag, den 3. Juni, um gegen die staatliche Willkür zu demonstrieren. Gegen 18.30 Uhr waren alle Kameraden am Bahnhofsvorplatz versammelt und Christian Worch verkündete kurz die behördlichen Auflagen, die erfahrungsgemäß nur als Schikanemaßnahmen dienten. Unter anderem gab es Lautstärkeregelungen für den Lautsprecherwagen und einige Parolen wurden verboten und auch Fahnenstangenlängen wurden festgelegt. (Bald muss man die Fahne nur noch in die Hand nehmen, da die Stangen immer weiter verkürzt werden müssen. Aber auch das wird früher oder später verboten werden....)

Am Bahnhofsvorplatz sprach dann auch der erste Redner und er machte deutlich, dass wir in diesem System gefangen sind und dass es früher oder später jeden von uns treffen wird. Danach formierte sich der Demonstrationzug und man marschierte durch das schöne Sangerhausen, wo sich die Bürger dieser Stadt uns neugierig folgten und man an der ein oder anderen Stelle

positive Resonanz verspürte. Am Zwischenkundgebungsplatz angekommen, urteilte Christian Worch über die in Sangerhausen stattfindenden Systemrepressalien und auch über ein globales Thema wie die EU Verfassung. Nach einigen Minuten ging man lautstark durch die Straßen Sangerhausens bis sich die Polizei wieder mal ein Eigentor schoss. Denn plötzlich versuchte man ein Transparent zu verbieten, wo die Worte „Nationaler“ und „Sozialismus“ vorkommen und dies sei angeblich verboten. Doch Ch. Worch klärte diese Angelegenheit sofort, indem er die Polizei auf die Auflagen aufmerksam machte, wo nichts geschrieben stand von Verboten dieser Parole, sodass die Polizei nichts mehr entgegen zu setzen hatte.

Nach dieser Belustigung durch die Herren in grün - weiß ging es dann durch die Sangerhausener Altstadt, wo die Abschlusskundgebung stattfand. Dort erreichte man eine sehr starke Nähe zum Bürger, sodass man oft Verständnis und Zuspruch erhielt. Es sprachen Kamerad A. Biere und eine Thüringer Kameradin, die noch mal zu Verstehen gaben, dass sich der nationale Widerstand nicht unterkriegen lässt. Nach diesen beiden eindrucksvollen Reden, begab man sich wieder zum Bahnhofsvorplatz, wo die Demonstration dann für beendet erklärt wurde.

Fazit: Von Seiten der antifaschistischen Gutmenschen und anderen verwirrten Personen, sah man so gut wie keinen Widerstand. Außer „Nazis raus“ Gekreische (100m weit weg von der Demonstration) verspürte man nicht den „berücktigten“ antifaschistischen Widerstand. Von Seiten der „Gegendemonstranten“ waren es ungefähr 10 Verwirrte, die sogar von Nationalisten, die sie nicht als solche erkannten, Hilfe erwarteten um sich den „Nazis“ entgegenzustellen. Solche Peinlichkeiten auf Seiten der „alternativen“ Jugend zeigt mal wieder, dass auch sie nur von den Medien verblendet sind und nur ein Klischeedenken verfolgen, in dem „Glatze“ und „Bomberjacke“ als Erkennungszeichen für volkstreu Deutsche steht. Selbst von der Polizei wurden Aktivisten kurzzeitig von der Demonstration ferngehalten, da man sie für Gegendemonstranten hielt, da sie keine „Glatze“ haben. Dies sind mal wieder deutliche Zeichen für die Manipulierung und Gehirnwäsche in der BRd und auch für das „Schwarz Weiß Denken“ vieler Personen.. Der nationaler Widerstand hat bewiesen, dass er die einzige Alternative für das marode System ist und wir mit Argumenten handeln und nicht mit Verboten.

Demokratisches Musterland Sachsen- Anhalt

Von: N.S. Altenburger Land – 03.06.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=550

Am heutigen Freitag fand eine Demonstration unter dem Motto: „Gegen Repressionen und behördliche Willkür!“ statt.

Seit Monaten übt die Polizei von Sachsen-Anhalt Druck in jeglicher Form auf eine Familie aus dem Landkreis Sangerhausen aus, welche dort ein Haus mit Raum für Feierlichkeiten besitzt. Dieses ist Anlaufpunkt für viele nationale Menschen aus der Region. Uns allen ist klar, dass so etwas dem System und seinen Handlangern nicht passt und schon gar nicht gefällt. Rückzugsgebiete für nationale und volkstreu Menschen bergen für diesen Staat eine immense Gefahr, denn sie schaffen Freiräume für Freidenker, welche sich eben nicht nur dem Konsum und dem humankapitalistischem Sklaven-Arbeitertum der Wirtschaft hingeben. Nein, hier „erdreistet“ man sich sogar, Alternativen zu leben und zu erarbeiten.

Da man als freier Mensch eben auch zu feiern versteht (und das trotz und gerade wegen der derzeitigen bitteren Lage unserer Heimat und dieser turboglobalistischen Welt) gab es auf dem Gelände der Familie eben auch die eine oder andere kleine Feier. Dies passte natürlich auch nicht ins Bild der Systemjournalie und der Greuelpropaganda des Staates. Denn es heißt nicht umsonst: „Wo gesungen wird, da lass Dich nieder, denn böse Menschen haben keine Lieder“ (sinngemäß). Und gesungen wurde reichlich und ausgelassen. Das darf natürlich nicht sein, denn sind wir ja allesamt böse „Naziskins“ und Verbrecher...

Die Antwort des Staates und der Polizei müsste eigentlich nach dieser Beschreibung jedem klar sein. Das sie allerdings in Form brachialer Gewalt -auch gegen die Familie- kam, hätte wohl dennoch kaum einer gedacht. Es kam aber so und so wurde am 20.05. eine Grillfeier mit extremer Gewalt aufgelöst und beendet. Man muss hier nicht über die Rechtmäßigkeit solcher Einsätze philosophieren, Fakt ist jedoch eines: Recht haben und Recht bekommen, sind ganz klar „zweierlei paar Schuhe“. Somit musste man nicht lange überlegen und jedem war klar, auf diese Angriffe gegen elementare Grundrechte eben dieser freien Demokratie musste reagiert werden.

Deshalb fanden sich heute zu einer Demonstration in Sangerhausen ca. 110 Nationale Aktivistinnen und Aktivisten ein, um sich zum einen solidarisch mit der Familie und zum anderen einsatzbereit gegen jegliche Art von

Angriffen gegen volkstreu Menschen und deren Besitz zu zeigen. Schon alleine das Verlesen der Auflagen konnte man nur mit einer gehörigen Portion Humor nehmen. So wurde zum Beispiel die Lautstärke stark beschränkt und dies wurde -immer schön bürokratisch- gemessen und festgehalten (mittels eines Messgerätes). Desweiteren wurde die Parole: -frei-sozial-national- verboten, da sie angeblich die „Bevölkerung abschrecken würde“. Spätestens hier kommt wohl auch der erfahrene Demonstrationsteilnehmer ins Staunen. Ticken die Uhren in Sachen -Meinungsfreiheit- in der BRD allgemein anders, so scheint es sich hier wohl um die Zentrale zu handeln.

Trotz diesem Mummenschanz begann die Demonstration und gleich der erste Redner spannte einen breiten Bogen von der Vergangenheit Deutschlands, über die derzeitige Lage bis hin zur Zukunft. Diese dürfe man eben nicht dieser Politikaste überlassen, welche wohl scheinbar den Begriff der -Freiheit- nur sich selber und dem Großkapital zugesteht, nicht aber dem einfachen Menschen. Nun folgte der Marsch und unser Anliegen wurde durch Sprechchöre wie: „Meinungsfreiheit auch für Deutsche“; „Widerstand lässt sich nicht verbieten“ oder auch „BRD heißt das System-Morgen wird es untergehen“ usw. weit hinausgerufen. Die gut frequentierten Straßen waren auch gut „besucht“ von Schaulustigen, welche durchaus verständnisvoll und positiv auf unsere Forderungen reagierten.

Auf der ersten Zwischenkundgebung sprach Kamerad Worch ein paar Worte und verwies unter anderem auf die Volksentscheide über die sog. „EU-Verfassung“ in Frankreich und den Niederlanden, wo ja die Volksmassen diesem zerstörerischen Pamphlet eine klare Absage erteilt haben. Auch richtete er ein paar Worte an die Polizei, welche ja die Erfüllungsgehilfen der Politik sind und eben diese staatliche Gewalt gegen Deutsche Bürger durchführen und diese versuchen zu kriminalisieren. Er erinnerte an die -Volkspolizei- der DDR und wie diese dann teilweise in der BRD Ihre Jobs verloren, weil sie eben ohne nachzudenken einfach gemacht haben, was die Befehlshaber der Macht ihnen sagten. Rechtswidrige Befehle müssen auch heute nicht ausgeführt werden...

Auf einer zweiten Zwischenkundgebung sprachen noch ein Kamerad aus Magdeburg und eine Kameradin aus Thüringen, welche sich beide auch klar solidarisch mit der betroffenen Familie äußerten und ebenfalls die fehlende Freiheit der BRD monierten und die Politik und auch die Medien scharf angriffen.

Der Rückmarsch führte direkt durch die Innenstadt und so wurde auch dort wieder lautstark auf unser Anliegen und den Grund unserer Demonstration aufmerksam gemacht.

Widerstand oder Störaktionen von Linksfaschistischer Seite gab es keinen (zumindest nicht in unserer Nähe).

Die Aktion an sich muss als Erfolg gewertet werden und es bleibt zu hoffen, dass nicht nur die Bevölkerung zur Kenntnis genommen hat, dass wir auf Willkür und Repressalien nicht mit Stillschweigen reagieren, sondern diese stets offensiv und aktionistisch anprangern werden. Der Rechtskampf wird sein übriges tun und somit hat die nationale und sozialistische Opposition einmal mehr dem Staat die Stirn geboten und gezeigt, dass wir uns nicht beeindrucken lassen.

Zum Ende der Veranstaltung zeigte die anhaltinische Polizei nochmals ihr „demokratisches Gesicht“, indem sie den jungen Nationalen Sozialisten aus Altenburg aus der Demonstration zog, welcher vergangenes Jahr von einem thüringischen Polizeibeamten angeschossen wurde, als er Plakate klebte. Moniert wurde das T-Hemd mit der sinngemäßen und natürlich ironisch gemeinten Aussage: hier ist die Meinungsfreiheit streng verboten, ansonsten wird scharf geschossen“. Gerade der junge Aktivist ist eben sehr wohl berechtigt dieses zu tragen (abgesehen von der rechtlichen Unbedenklichkeit des Spruches, da hier keine Einheit oder eine Person der Polizei verleumdet oder sonst wie angegriffen wird...), denn musste er am eigenen Leibe erfahren wie „wehrhaft“ diese Demokratie bei freien Meinungsbekundungen ist.

Deshalb...

**Meinungsfreiheit muss man
schützen, gegen die die oben sitzen!
Widerstand lässt sich nicht
verbieten!**

Jenaer Polizei schiebt Überstunde(n)...

Von: N.S. Altenburger Land – 31.05.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=544

Nachdem der 4. Thüringentag der nationalen Jugend in Weimar frühzeitig durch zusammengebastelte "Begründungen" verboten und aufgelöst werden musste, wussten die Nationalen Sozialistinnen aus Jena und Altenburg, dass so etwas nicht unbeantwortet bleiben kann. So entschloss man sich kurzfristig vor die Jenaer Polizeidirektion zu ziehen. Dort sollte dann der Widerstand gegen Polizeiwilkkür und Meinungsdictatur erneut unters Volk gebracht werden...

Es fanden sich dann auch ca. 20 Nationale Sozialisten vor der Polizeidirektion ein und kamen auch noch genau richtig. Hier war nämlich gerade der Schichtwechsel in vollem Gange und die Beschützer der "wehrhaften Demokratie" freuten sich auf Ihr kühles Feierabendbier oder was sie sonst so geplant hatten. Daraus wurde aber erst mal nix und der erste

der das bemerkte war auch gleich der Chef der Polizei in Jena. Dieser ist aber ein besonders eifriger Zeitgenosse, denn er meinte sinngemäß zu uns: "Da hab ich wohl keinen Feierabend, aber ich bin sowieso 24 Stunden im Einsatz". Wollen wir für ihn hoffen, dass er dann auch für alle drei Schichten das Geld bekommt, denn dann klappt es mit dem Haus, dem Auto, dem Pferd und der Jacht bisschen eher...

Wir ließen uns auf jeden Fall nicht beirren und trugen unseren Protest gegen Polizeiwillkür unters Volk. Ein Aktivist wurde kurzzeitig auch verhaftet, was aber eher ein Possenspiel und auf die erste Wut der Beamten zurückzuführen sein dürfte, welche Ihren Feierabend nun endgültig wegschwimmen sahen. Wir machten uns dann auch auf den Weg und zogen mit unserem Transparenten und dem Megafon die Straße entlang. Gefolgt von 4-5 Beamten, einem Polizeihund und zwei Fahrradpolizisten. War eigentlich zuwenig Polizei, aber scheinbar sind die Einsatzkräfte aus Weimar nicht so schnell durchgekommen.

Dies bestätigte sich dann auch, denn nachdem man wieder an den Autos angekommen war und die Aktion beendete, kamen die Polizeifahrzeuge aus Weimar nachgerückt! Das war uns aber nun auch recht egal, denn man hatte sich bereits zum Grillen verabredet ... Die Einsatzkräfte werden mit Sicherheit noch einige Zeit in Bereitschaft gewesen sein. Wir jedenfalls ließen den Abend ein wenig gemütlicher ausklingen...

Dem einfachen Polizisten bleibt zu wünschen, dass Ihre Führung und die Winkeladvokaten irgendwelcher Ämter nicht weiterhin solche Verbote und Auflösungen aussprechen, denn sonst wird es noch den ein oder anderen verpatzten Feierabend geben!

Kein Feierabend den Feinden der Freiheit!
Polizeiwillkür stoppen!
Meinungsfreiheit auch für Deutsche!

Marienfels: Demonstrationenkampagne erfolgreich fortgesetzt

Von: AB Norddeutschland - 29.05.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=541

Am 28. Mai wurde die Demonstrationenkampagne für den Wiederaufbau des Ehrenmals erfolgreich fortgesetzt. Es war nunmehr der vierte Marsch im Zusammenhang mit der Zerstörung des Denkmals durch kriminelle Antifa, die damit die schändlichen Abrißpläne örtlicher Politiker ausgeführt hat. Der Marsch begann mit fast zweistündiger Verzögerung, weil die Polizeiführung die Teilnehmer mit schleppenden Personen- und Fahrzeugdurchsuchungen

schikanierte.

Trotz der in Rheinland-Pfalz in den Medien und Behörden seit über zwei Wochen laufenden Kampagne gegen Teilnehmer nationaler Demonstrationen fanden sich über 200 Kameradinnen und Kameraden in Marienfels ein und zeigten öffentlich, daß wir uns nicht einschüchtern und kriminalisieren lassen.

Während der Kundgebung vor dem Gemeindehaus in der Ortsmitte sprachen die Kameraden Siegfried Borchardt und Sven Skoda deutliche Worte zur aktuellen Repression gegen freie Kräfte. Der Vorsitzende der Niederländischen Volks-Union, Constant Kusters, sprach über die Zerstörung des Ehrenmals und über das stillschweigende Einvernehmen etablierter Politiker und kriminellen roten Pöbels, mit Hetze und Gewalt gegen die Ruhe unserer Toten vorzugehen. Anschließend wurde das Grußwort des Parteivorsitzenden der NPD, Udo Voigt, verlesen.

Der nationale Widerstand wird ab sofort jährlich wiederkommen, bis wieder ein Ehrenmal für die Gefallenen des I. SS-Panzerkorps errichtet worden ist. Wir rufen zu einer Kundgebung und zu einem Marsch am 13. Mai 2006 für den Wiederaufbau des Denkmals des I. SS-Panzerkorps auf! Zeit: Sonnabend, 13. Mai 2006, 14 Uhr, Ausgangspunkt: Friedhof Marienfels.

Wir werden unseren Schwur nicht brechen: Treue um Treue!

NRW: Der 22. Mai aus freier Sicht - ein Wahlkampfesumee

Von: AB Norddeutschland - 25.05.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=536

Die Wahl ist vorbei und das Wahlergebnis von 0,9% ist für viele Kameraden unter den Erwartungen geblieben. Das Geschrei ist groß und nicht wenige Kameraden versuchen den Wahlantritt trotzdem als Chance zu verkaufen. Das bessere Abschneiden der NPD im Vergleich zur PDS und den REPs macht das zwar verständlich, ändert aber am Ergebnis letzten Endes nichts.

Diese Maßstäbe zeigen allerdings lediglich die begrenzte Sichtweise vieler Vertreter des nationalen Widerstandes auf. Von vornherein war für die freien Zusammenhänge in NRW das für den 22. Mai herbeifabulierte Wahlergebnis nicht ausschlaggebend bei den Überlegungen, die zur Unterstützung der NPD geführt haben.

Über die Parlamente zu einem freien und souveränen Deutschland?

Die Machtfrage an dieses System wird sich nicht über die Parlamente stellen

lassen. Faule Kompromisse, die den Marionetten des Kapitals abgerungen werden müssen, werden unser Volk nicht befreien. Parlamente dürfen daher in unserem Politikverständnis nichts anderes als Bühnen für unsere Systemalternative sein. Der freie nationale Widerstand in NRW hat die Wahl als eine weitere Bühne im Kampf für unsere Weltanschauung begriffen und den Wahlkampf konsequent sowohl inhaltlich als auch personell in dieser Richtung geführt. Kandidaten, die von den Medien ohne jeden weiteren Kommentar als nationale Sozialisten wahrgenommen werden und die erst gar nicht angefangen haben, sich in irgendeiner Form hinter Floskeln zu verstecken, gekoppelt an Forderungen wie die Abschaffung der NS-Verbotsparagrafen, sprechen für sich.

Durch das Aufsehen, das mit der Kandidatur der beiden parteifreien Aktivisten Christian Malcoci und Daniela Wegener einhergegangen ist, und den klaren Verhandlungen zwischen freien Zusammenhängen und der NPD wurde deutlich darauf hingewiesen, daß der nationale Widerstand weit mehr umfaßt als nationaldemokratische Wahlpropaganda und Parteiprogramme.

Freie Nationalisten haben in NRW wohl zum ersten Mal gleichberechtigt in Augenhöhe mit der Partei über die Bedingungen für eine Unterstützung eines Wahlkampfes verhandelt und sich nicht nur unkoordiniert vor den Karren eines Projekts spannen lassen, an das man eigentlich nicht glaubt.

Zurück bleibt das gute Gefühl, daß zumindest in NRW deutliche Schritte zur positiven Zusammenarbeit möglich gewesen sind und die Volksfront trotz der Mitarbeit von Musterdemokraten wie Gerhard Frey auch eine Plattform für nationale Sozialisten sein kann.

Wir arbeiten weiter, parteifrei und trotzdem dabei!

Bericht: Demo in Essen vom 21.05.2005

Von: AB Westdeutschland - 23.05.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=531

Aufgrund der Schikanen und Repressionen (5 willkürliche Festnahmen) bei unserer Kundgebung am 21.04. sollte bereits am 06.05. die entsprechende Antwort in Form einer Demonstration folgen. Diese wurde aber ersteinmal vom Polizeipräsidenten verboten und konnte trotz Klage bis vor das BVG nicht durchgeführt werden, da das BVG in der Sache zwar uns als Klägern recht gab, aber zu der Überzeugung gelangte, dass es nicht zwingend notwendig sei am geplanten Termin eine Veranstaltung durchzuführen.

Heute konnten wir dann bei schönem Wetter unter dem Motto "Meinungsfreiheit ist erlernbar!" durch

Essen marschieren. Ca. 60 KameradInnen fanden sich ein um zu zeigen das es doch tatsächlich noch Menschen gibt die sich gegen Repressionen durch öffentlichen Protest und der damit einher gehenden Sensibilisierung der zumeist ahnungslosen und obrigkeitshörigen Bevölkerung zur Wehr setzen. Diese Teilnehmerzahl erscheint uns in Anbetracht der vorherigen Geschehnisse allerdings ein wenig gering. Es ist auch bedauerlich, das keiner der Betroffenen (die 5 Festgenommenen vom 21.04.) sich nach Essen bewegten, fand diese Demo doch auch aufgrund der gegen sie ausgeübten Repressalien statt.

Viele Kameraden scheinen immer noch nicht zu der notwendigen Erkenntnis gelangt zu sein, dass wir als Vertreter einer wahrhaftigen Systemalternative im Gegensatz zur linksextremen Szene, die nichts anderes als ein willfähriger Handlanger des Systems ist, mangels Lobby und Steigbügelhaltern in diesem System alleine aus der eigenen Kraft schöpfen können und müssen um nicht von unseren Feinden an die Wand gedrückt zu werden! Wir hoffen daher auf die Einsicht breiter Kreise unserer politischen Zusammenhänge, dass wir in Essen nicht zum Spass und Zeitvertreib demonstriert haben und künftig demonstrieren werden, sondern um unser Recht auf freie Meinungsbekundung gegen politisch motivierte Repression ebenso zu verteidigen, wie unseren Anspruch auf die Straße und damit auf die öffentliche und im Rahmen der geltenden Gesetze möglichst offensive Bewerbung unserer Idee!

Zur Demo: Bei sonnigem Wetter eröffnete der Versammlungsleiter, Kamerad B. aus Dortmund hatte diese Aufgabe dankenswerter Weise übernommen und die Veranstaltung vorbildlich und ohne Komplikationen geleitet, die Versammlung, begleitet von folkloristischen Musikeinlagen durch Trommeln und Pfeiffen der selbst im linksextremen Kreisen als Sekte geltenden MLPD, welche allerdings mehr für Belustigung als für Verärgerung im Kreise der Teilnehmer sorgte und übergab nach der obligatorischen Verlesung der Auflagen und einer kurzen Begrüßung durch Kamerad Reitz das Wort an den extra aus Celle angereisten Daniel Gräf, nach dessen Ansprache sich der Demozug formierte. Gesäumt wurde unser Marsch von einigen wenigen Angehörigen der antifaschistischen und antideutschen Bewegung (beide Fraktionen natürlich strikt getrennt), sowie von diversen Vertretern der Deutschen Kommunistischen Partei, welche auf Flugblättern drohten uns künftig nicht nur mit ihren argumentativen Stilblüten in Flug-Form zu, sondern auch mit Eiern zu beglücken. Sie wußten wohl nicht, dass einer ihrer Genossen diese Drohung bereits von einer Eisenbahnbrücke aus wahrgemacht hatte, indem er todesmutig und zivilcouragiert ein Ei auf unsere

Demozug geworfen hatte.

Auf der Zwischenkundgebung sprachen dann die Kameraden Stephan Sieben, Paul Breur, Sascha Krolzig, sowie zum ersten mal in hervorragender Art und Weise vor allem an die zetternden Angehörigen der anderen Feldpostnummer gerichtet Kamerad B., welcher während der Demonstration mittels Lautsprecher auch die Aufklärung der Bevölkerung über den Grund unserer Demonstration übernommen hatte.

Während der Zwischenkundgebung lieferten die Gegendemonstranten einen weiteren Beleg für den unaufhaltsamen Niedergang der bundesdeutschen Linken. Während die zumeist älteren Angehörigen von DKP und VVN/BdA offensiv versuchten gegen die Polizeikräfte vorzugehen als diese einen der Ihren festnahm, standen die Möchtegern-Autonen der Antifa teilnahmslos im Abseits und goutierten die Bemühungen ihrer älteren Gesinnungsgeschwister. Solidarität gibt es wohl nur für Angehörige anderer Völker, nicht aber für die Genossen des eigenen Volkes (sind ja auch Volksgenossen)...

Am Bahnhof Essen-Frohnhausen sprachen Axel Reitz und zum Abschluß der Aktivist Matthias N. aus Leverkusen, welcher für einen Wahlboykott als Ausdruck der Ablehnung des Systemes für die Landtagswahl warb und auch mit konstruktiver Kritik gegenüber der NPD nicht hinterm Zaun hielt.

Trotz der geringen Teilnehmerzahl war es dennoch eine gute Demo, und egal wieviele wir waren, wir haben es uns nicht nehmen lassen auf die Schikanen dieses Systems zu reagieren und werden dies auch weiterhin tun.

Wir werden uns also zu gegebener Zeit wieder in Essen blicken lassen, werden jedoch aufgrund der schwachen Mobilisierung erst einmal eine Phase der inneren Reorganisation vollziehen, um so einem Verschleiß von Aktivisten und Materialien entgegen zu wirken.

@Antifa

Wir wissen dass ihr diesen Bericht wahrscheinlich als Resignation von "Axel & Friends" darstellen werdet und natürlich auch auf unsere Teilnehmerzahl von 60 Mann/Frau zu sprechen kommt. Das interessiert uns aber wenig, wir werden sehen wer den längeren Atem hat. Man sieht sich in bälde, in Essen!

Polizei stürmt rechts-widrig eine Grillparty und verletzt Gäste

Von: Festungsstadt Magdeburg - 23.05.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=527

Am Freitag den 20.5 stürmte eine Einsatzhundertschaft der Polizei eine

Grillparty in Sondershausen. Die Polizei brach das Tor zum Grundstück des Geschädigten mit Hilfe eines Polizei-Pkw auf und verschaffte sich somit Zugang zum Grundstück. Die Gäste versuchten sich innerhalb des Gebäudes in Sicherheit zu bringen. Die Polizei sprühte große Mengen an Pfefferspray in die Räumlichkeiten wodurch sich viele Gäste zu den ohnehin schmerzhaften Auswirkungen dieser Substanz auch noch erbrachen. Die Gäste die teilweise kaum noch sehen und Luft holen konnten wurden nachdem rechtswidrigen Eindringen in die Räumlichkeiten durch Knüppel und Faustschläge der Polizeibeamten malträtirt. Das sich auch die Familie des Geschädigten innerhalb des Hauses aufhielt schien die Polizeieinsatzleitung nicht sonderlich zu interessieren. Dies war allerdings nicht der erste Übergriff gegen die Familie und deren Gäste. Die starke Repression welcher die Familie seit Monaten bereits ausgesetzt ist, ist offenbar auf die energischen Bemühungen des Landtagsabgeordneten Matthias Gärtner (PDS) zurück zu führen, welcher bei ähnlichen Stürmungen mit vor Ort und sogar auf dem Grundstück des Geschädigten zu gegen war. Der selbsternannte Ordnungshüter im Kampf gegen vermeintliche Rechtsradikale überschreitet hiermit weit seine Befugnisse. Er sei gewarnt sich künftig zurück zu halten, die sachsen-anhaltische nationale Opposition ist nicht länger gewillt dem Amtsmissbrauch der Verächtlichmachung und deren Folgen für die terrorisierte Familie zu zu sehen. Eine regelrechte Hexenjagd soll durch Herr Gärtners Bemühungen im Ort des mehrfachen Familienvaters provoziert und beabsichtigt werden. So gehen beispielsweise Beamte der politischen Polizei in Sondershausen Klinken putzen um Nachbarn und Dorfgemeinschaft gegen die Familie in Pogromstimmung zu hetzen. Alles nur weil die Familie durch ihr Engagement innerhalb der NPD Herr Gärtner ein Dorn im Auge ist. Doch dadurch das der Geschädigte sich niemals hat etwas zu Schulden kommen lassen und ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis pflegt konnte die politische Polizei bisher noch nicht auf offene Ohren mit ihren dreisten Lügen stoßen. Doch Herr Gärtner sei noch einmal eindringlich gewarnt, vielleicht klingtelt auch schon demnächst in seiner Nachbarschaft jemand die Bürger aus dem Schlaf um sie von den Methoden mit welchen er sich mit Oppositionellen auseinandersetzt zu informieren. Das zu diesen Methoden nicht das freie Wort gehört, davon konnten wir uns bereits auf einer Podiumsdiskussion mit dem Kommunisten Gärtner überzeugen, auf welcher er eine Diskussion mit Vertretern der NPD und Freien Kräften kategorisch ablehnte und sie durch Polizeibeamte des Saales verwies. Des weiteren würden sich sicherlich nicht nur Herr Gärtners Nachbarn sondern auch seine Wählerschaft für seine Kontakte zu kriminellen antifaschistischen Krawallgruppen interessieren welche

Lichtbildlich dokumentiert sind. Gärtners vorgehen zeigt nur allzu deutlich wessen Geistes Kind er und seine Mauermörderpartei sind. Vielleicht sollten seine Nachbarn durch eine Kundgebung vor seinem Haus einmal über diese Tatsachen informiert werden!?

Am Freitag den 03.06 Demonstration in Sangerhausen 18:00 Uhr! Anschließend Grillabend! Veranstalter ist Kamerad Christian Worch

Am Sonnabend den 04.06. Demonstration in Merseburg mit Kundgebung vor dem örtlichen Polizeirevier. Nähere Informationen erhaltet ihr hier auf www.festungsstadt.com

Bericht zur Demo in Wuppertal

Von: Christian Worch - 16.05.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=527

Die Demonstration am 14. Mai in Wuppertal verlief ruhig, beinahe gemächlich. Trotz des früh angesetzten Termins waren um 11.00 Uhr die allermeisten Teilnehmer schon da. Längere Verzögerungen gab es wegen der polizeilichen Überprüfung der Ordner - da war der Datenfunk angeblich ausgefallen. (Kennen wir vom 1. Mai aus Leipzig. Wird die neue Methode, was?!) Also ging es erst gegen 12.30 Uhr los. Die Waretzeit störte nicht so sehr, weil das Wetter zwar feucht, aber noch erträglich war und weil vor allem eine recht freche Presseerklärung des NPDKreisverbandes Ennepetal/Ruhr-Hagen für hinreichenden Gesprächsstoff unter den 138 Teilnehmern sorgte.

Zur Auftaktkundgebung sprachen Kamerad G. aus Niedersachsen und Kamerad Alexander aus Hamburg.

Unsere Wegstrecke war gesäumt durch eine Vielzahl von linken Plakaten, Wandschmierereien und Bettlaken mit mehr oder minder sinnigen Sprüchen. Mit dieser Form optischer Werbung hat sich also die Linke sehr viel Mühe gegeben, was muß man lobend anerkennen. Zumal wir nicht alles zu Gesicht bekamen, was sie wohl am Abend bzw. in der Nacht vorher angebracht haben; ein Teil davon war von ortsansässigen Bürgern bereits wieder entfernt worden. - An Personen offenbar antifaschistischer Gesinnung bekamen wir eher weniger zu Gesicht; mit viel Phantasie könnte man sie auf 100 schätzen. Immerhin hatten sie einen Kleinlaster dabei, was die Vermutung nahelegt, daß sie auch eine Beschallungsanlage hatten. Wir bekamen sie allerdings nicht zu hören - unsere war leider lauter. So war die elektro-akustische Kommunikation zwischen uns und den Linken eine durchaus einseitige. - Da es nach Polizeiangaben bei 400 Gegendemonstranten gegeben haben

soll, liegt der Verdacht nahe, daß die meisten davon eher bürgerlichen Zusammenhängen angehören und wohl in einem anderen Teil der sehr langgezogenen Stadt Wuppertal ihrer Meinung Ausdruck verliehen haben. Also konnten wir die Tatsache ihrer Existenz und die Tatsache (?), daß sie auch eine Meinung (?) haben, nur dem Polizeibericht entnehmen.

Zur Zwischenkundgebung sprach Kamerad Paul Breuer, der heftig gegen die NPD vom Leder zog. Angesichts der erwähnten höchst frechen Presseerklärung des Kreisverbandes mit dem dreifach-Namen (Doppelname reicht wohl nicht mehr.....) mag das menschlich verständlich sein, aber Paul Breuer überzog ein wenig, indem er dafür gleich die komplette NPD verantwortlich machen wollte. Das bewog sogar Axel Reitz, der ja nun nicht gerade der glühendste Befürworter der NPD ist, ein paar abmildernde Worte zu sagen. Paul, Paul, ein bißchen mehr rheinischer Frohsinn und ein bißchen weniger wütende Verbissenheit wären zweifellos besser gewesen! - Weiterhin sprach auf der Zwischenkundgebung einer der üblichen Verdächtigen, nämlich ich.

Unter durchaus zufriedenstellendem Interesse ortsansässiger Wohnbevölkerung (einer kam sogar mit seinem Teller in der Hand aus dem Restaurant heraus, um einerseits den Zug nicht zu verpassen, andererseits aber sein Mittagessen nicht kalt werden zu lassen) ging es weiter bzw. letztlich kreisförmig zurück zum Ausgangsort, wo nach einer der üblichen flammenden Ansprachen von Axel Reitz die Veranstaltung beendet wurde. - Wie gesagt, ruhig, fast gemächlich. Nur am Datenfunk der Polizei wird noch ein wenig gearbeitet werden müssen! Ich vermag nicht einzusehen, warum der Veranstalter eine Stunde vor dem offiziellen Beginn auflagenmäßig vor Ort sein muß, wenn dann erst anderthalb Stunden nach dem offiziellen Beginn angefangen werden kann, weil die Polizeihire Technik nicht im Griff hat. Das nenne ich eine Minderleistung!

Nationaler Protest gegen EU-Verfassung in Schwerin

Von: Störtebeker - 15.05.2005
+ www.freier-widerstand.net/?id=515

Unter dem Motto „Nein zu dieser EU - Souveränität erhalten - EU-Verfassung ablehnen!“ demonstrierten heute rund 100 Nationalisten in der Landeshauptstadt gegen die Donnerstag vom Bundestag abgesegnete Annahme der EU-Verfassung. Aufgerufen zu dieser Demonstration hatten bereits Ende April das Soziale und Nationale Bündnis Pommern (SNBP) und die Mecklenburgische Aktionsfront (MAF). Deren Aufruf schloß sich am 9. Mai auch die NPD-Mecklenburg-Vorpommern an.

Die Demonstration verlief im wesentlichen ohne größere Probleme. Ein linkes Bürgerbündnis gegen Rechts, daß sich vorwiegend aus Aktivisten der Grünen, der PDS, der SPD und dem DGB sowie autonomen Linkskriminellen rekrutierte, hatte zuvor unter dem etwas vermessenen Motto „Schwerin sagt NEIN“ zur Gegendemo aufgerufen. Gemessen an den Möglichkeiten dieser politischen Gruppierungen war das Echo auf den Aufruf zur Gegendemo jedoch mehr als bescheiden. Etwa 200 Personen folgten dem Ruf. Versuche die nationale Demonstration zu blockieren wurden von der Polizei verhindert. Lediglich an einer Stelle kam es zu einem etwa viertelstündigen Zwischenaufenthalt. Gegen 25 Linke wurde Platzverweis erteilt, vier wurden festgenommen.

Vergleichsweise gering blieb allerdings auch die Resonanz auf nationaler Seite. Diese dürfte nicht zuletzt darin liegen, daß es sich bei diesem Wochenende bereits um das dritte Demo-Wochenende hintereinander im Mai handelt. Hinzu kommen zwei Demonstrationen im April. Darüber hinaus gibt es gleichfalls nicht wenige, die der Ansicht sind, daß es sich bei diesem Protest lediglich um einen verspäteten handelt, der zudem nur noch formeller Natur ist, da die eigentliche Entscheidung über die EU-Verfassung bereits am 12. Mai gefallen ist. Eine wahrnehmbare politische Propaganda gegen die Annahme der EU-Verfassung gab es in der jüngsten Vergangenheit ebenfalls nicht, so daß man fast in Versuchung kommt, in dieser Veranstaltung in einer Stadt ohne nennenswerte nationale Szene eine Art Alibi-Veranstaltung sehen zu wollen, die dieses Defizit kompensieren soll. - Natürlich nur fast, versteht sich.

Einziger Trost, die Veranstaltung der Linken wurde von der Masse der Schweriner ebenso ignoriert, so daß man resümierend sagen kann, daß Schwerin heute weder JA noch NEIN zur EU-Verfassung sagte, sondern eigentlich nur, daß seine Bewohner diese Thematik nicht für wichtig genug halten, um dagegen offen zu opponieren. Vielleicht sollte man ja Demonstrationen dieser Art als Teil einer vorher gründlich organisierten und themenbezogenen Kampagne laufen lassen, statt sie willkürlich im Hau ruck-Verfahren und nach dem Lotterieprinzip durchzuziehen. Demonstrationen haben nur dann Aussicht auf einen nachhaltigen Erfolg, wenn sie wie schon erwähnt Höhepunkt einer laufenden Kampagne sind oder aber wenigstens dazu dienen, örtlichen Kräften einen Bekanntheitsgrad zu verschaffen. Andernfalls ist es nicht verkehrt, wenn man garstigerweise von Kräfteverschleiß und -horribile dictu - von Demo-Tourismus spricht. Eine Praxis die in Mecklenburg-Vorpommern glücklicherweise nicht so häufig gehandhabt wird, wie in anderen Gegenden, doch sollte man auch darauf achten, daß derlei nicht zur Mode wird,

da bloße Demonstrationen ohne weitere Basisarbeit nichts weiter sind als inhaltsleeres Schauepränge, mit dem man sich selbst und anderen etwas vormacht.

Markt der (un-)Kulturen in Pirna

Von: Freies Sachsen - 12.05.2005

+ www.freier-widerstand.net/?id=512

Düfte aus Indien, Teigtaschen aus Afrika, betroffene Gesichter dummer Menschen: All das erlebte Pirna am Sonnabend. Der Markt der Kulturen, veranstaltet von der bürgerlich-antifaschistischen Aktion Zivilcourage, lud ein und einige wenige kamen. Die im SZ Artikel vom 9. Mai genannten "mehreren tausend Pirnaer und Gäste" dürfen getrost ins Reich der Fabeln verwiesen werden. Doch die Hochrechnung der Besucherzahlen von derartigen Veranstaltungen durch die Medien sind hinreichend bekannt, erlebt man derartiges Aufstocken doch bei Demonstrationen gegen Rechts desöfteren.

Der Markt der Kulturen, selbiger an sich eine gute Sache interessiert man sich für ausländische Kulturen und deren Traditionen, stellt jedoch eher ein ekelhaftes Multi - Kulti Fest dar, bei welchem dem unbedarften Besucher die vermeintliche Gleichheit aller Menschen vorgegaukelt werden soll. Eben deshalb traf man an jenem Tag auch wieder auf die sich ständig verfolgt und diskriminiert fühlenden "afro-deutschen" Mischfamilien aus Pirna und Umgebung, welche sich, wie wäre es auch anders zu vermuten, bei dem Spektakel wohl fühlten wie ein Wildschwein im Schlammloch. Sie waren es auch, die sich als erste verdrückten als die ersten Aktivisten freier Kräfte aus der Region Sächsische Schweiz am Abend auf dem Pirnaer Markt erschienen, um einen Gegenpol zu der mehr oder eher weniger tanzenden Masse an Multikultifetischisten, Antifas und bürgerlichen Gutmenschen zu stellen.

Ein Grund für das Erscheinen der Kameraden war der Übergriff verummter Antifas ein Jahr zuvor. Damals griffen Rotfaschisten über den Tag verteilt immer wieder Jugendliche an, welche sie der rechten Szene zuordneten. Der zweite Grund ist die vehemente Weigerung Stände zuzulassen, deren Zweck es wäre deutsche Kultur dem Menschen näher zu bringen. Anläufe dazu gab es. So wollte sich u.a. eine Volkstanzgruppe dem Markt der Kulturen anschließen und deutsche Tänze aufführen. Die Ansprechpartnerin des Volkstanzleiters äußerte sich jedoch besorgt über das Image des Marktes und lehnte ab. Wo bei derartigen Entscheidungen Toleranz oder gar Akzeptanz bleiben ist schleierhaft. Gruppen wie die Aktion Zivilcourage und deren Köpfe Sebastian Reissig, welcher nach eigenen Aussagen etliche Male im Jahr überfallen wird, und

Sven Forkert, welcher wahrlich so aussieht als würde er ständig überfallen, bringen ihr übersteigertes Demokratieverständnis damit zum Ausdruck, daß sie politisch missliebige Meinung ignorieren und bekämpfen.

Da die Veranstalter des Marktes nun nicht auf die Anmeldungen eingingen bzw. sie ablehnten, blieb dem Widerstand im Raum Sächsische Schweiz nichts anderes übrig, als durch eine Spontandemo auf sich aufmerksam zu machen.

Gegen Abend sammelten sich so ca. 70 Aktivistinnen und Aktivisten am Markt in Pirna. Wenig später drängten sie ohne Gegenwehr in Richtung Bühne und gleich darauf auf die Bühne selber um dort die Transparente zu enthüllen. Währenddessen wurde aus der Masse der zumeist jugendlichen Besucher, eine Flasche in Richtung Bühne geworfen. Der Schuss ging jedoch ins Lehre. Nach einiger Zeit verließen die Aktivisten dann den Markt, jedoch nicht ohne die immer noch eingeschüchterten Besucher des Multi - Kulti Festes mit ein paar Mitbringseln zu verschönern. So flogen noch einige Dutzend Eier in die Menge, welche immer noch tatenlos und resignierend dandand.

In dem Fall wurde es wieder einmal deutlich. Antifa heißt in der Sächsischen Schweiz zuschauen.

Würdiger und erfolgreicher Gedenkmarsch am 8. Mai in Remagen

Von: Christian Malcoci - 20.04.2005

+ www.freier-widerstand.net/?id=511

Am heutigen 8. Mai haben in Remagen über 120 Kameradinnen und Kameraden am Gedenkmarsch für die Toten in den alliierten Rheinwiesenlagern teilgenommen.

Würdevoll und diszipliniert marschierten sie vom Ausgangspunkt in unmittelbarer Nähe der Brücke von Remagen zum Erinnerungskreuz an das Kriegsgefangenenlager "Goldene Meile". An dieser Stelle ergriff W. Herbi das Wort und prangerte die alliierten Kriegsverbrechen an den Kriegsgefangenen an. Nach der Totenehrung und dem Rückmarsch in die Stadt sprach Kamerad Sigg Borchardt deutliche Worte zu den geschichtlichen Vorgängen und zum heutigen Widerstand. Zum Abschluß wurde die erste Strophe des Deutschlandliedes gesungen. Trotz aller Ankündigungen gelang es dem Antifa-Pöbel zu keinem Zeitpunkt, den Marsch zu stören.

#####

8. Mai, Delitzsch u.a.

Von: Christian Worch - 09.05.2005

+ www.freier-widerstand.net/?id=510

#####

Die Demonstration in Delitzsch verlief gestern nahezu völlig ungestört. Nur einmal konnte ein älterer Mann (wohl PDS-Anhänger...) registriert werden, der seinen Unmut äußerte, und einmal ein jüngerer Mann, der sich darin gefiel, den Sprachchor „frei, sozial und national!“ in „frei, sozial und asozial!“ abzuwandeln. Wobei ich mich frage, wie man sozial und asozial zugleich sein kann. Aber sonderlich viel Denkleistung darf man von den meisten Gegendemonstranten ohnehin nicht erwarten. Die würden auch für weiße Rappen oder schwarze Schimmel demonstrieren, wenn's drauf ankäme. - Ansonsten sollen die Gegendemonstranten nach Medienmeldungen bei 60 oder 70 Leute stark gewesen sein. Zu sehen oder zu hören waren sie bis auf die zwei erwähnten Personen nicht....

Was uns betrifft, so zählte ich 257 Teilnehmer, bis auf etwa ein Dutzend allesamt aus der Region.

Die Demonstration war mit den üblichen etwas schikanösen Auflagen bedacht, gegen die sich der Veranstalter - anders als bei dem ursprünglichen Verbot - nicht gerichtlich gewehrt hatte. So ist es natürlich problematisch, das Verbot, Lautsprecher und Megaphone auch während des Umzuges und nicht nur für die Standkumgebungen einzusetzen, nicht anzufechten. Und ebenso problematisch erscheint es mir, ein auflagenmäßiges Verbot des Abspielens von André Lüders Lied „Frei, sozial und national....“ ohne Anfechtung hinzunehmen. Auf der anderen Seite muß man natürlich gerade örtlichen politischen Zusammenhängen, die weder besonders organisiert oder geschweige denn mit „Staatsknete“ ausgestattet sind, zugeben, daß das finanzielle Risiko einer eventuell schiefgehenden Anfechtung für sie schwer zu tragen ist. In dieser Hinsicht müssen wir uns wirklich mal was einfallen lassen, vor allem, wenn es um grundsätzliche Dinge geht.

Als Redner traten auf die Kameraden Schober (zugleich Anmelder und Leiter der Versammlung), Wagner, Reitz und meine Wenigkeit.

Das Wetter hielt sich ganz ordentlich, bis auf zwei sehr kurze Regenschauer blieb es trocken und teilweise sogar freundlich.

Sicherlich war der Medieneffekt einer sehr ruhig verlaufenden Demonstration in der Kreisstadt Delitzsch (ca. 26.000 Einwohner) ausgesprochen gering gegenüber dem, was in den Medien über die NPD-Demonstration (oder Nicht-Demonstration) in Berlin berichtet wurde. Aber den Kameraden in der Region ging es darum, auch einmal in einer Stadt aufzutreten, die den Ruf

einer „Roten Hochburg“ hat. (Womit weniger die Antifa gemeint war als eher eine Stadt- bzw. Kreisverwaltung, die möglicherweise noch ein wenig von SED-Zeiten geprägt ist.) Das ist insofern gelungen. Und es zeigt auch, daß die Antifa nicht allgegenwärtig ist und nicht über beliebig einsetzbare Kräfte verfügt, denn indem sie sich ungemein auf Berlin konzentrierten, blieben für das nur ca. 170 Kilometer entfernte Delitzsch gerade einmal wenige Dutzend antifaschistischer Gutmenschen übrig.

Sonstige Betrachtungen über Aktionen zum 8. Mai:

Über die NPD-Veranstaltung in Berlin mag ich im Moment nicht allzuviel sagen, da ich nicht da war. Darüber, ob man die Polizei hätte unter Druck setzen können, indem man den Zeitrahmen bis 18.00 voll ausgeschöpft hätte, während gleichzeitig erste Kontingente von Teilnehmern abgerückt wären, kann man lange streiten. Man muß auch berücksichtigen, daß es ein Sonntag war und der nachfolgende Tag eben ein Werktag. Außerdem war das Wetter in Berlin wohl schlechter als wir es in Delitzsch erlebt haben; auch das mag bei solchen Entscheidungen eine Rolle spielen. Es gibt fast immer ein Für und Wider. Inwieweit der vorzeitige Abbruch der Veranstaltung wirklich – wie die Medien behaupteten – „freiwillig“ war oder inwieweit er quasi-erzwungen war, wenn die Polizei eindeutig sagte, daß der Platz nicht verlassen werden könne, ist ebenso eine Auslegungsfrage.

Wichtiger als die Frage, was man in Berlin VOR ORT vielleicht hätte anders oder besser machen können, erscheint mir die Frage, wie man möglicherweise durch planerische Maßnahmen der Veranstalter bei vergleichbaren Gelegenheiten (wenn sie sich abzeichnen) in Berlin und anderswo vorgehen kann. Denn nach einem solchen Erfolg bekommt die Antifa üblicherweise einen kleinen Motivationsschub und wird es bei anderen Gelegenheiten – nicht nur in Berlin.... – zu wiederholen versuchen.

Ansonsten gab es noch Remagen und München.

Über die Remagen-Demonstration weiß ich bisher noch nicht viel; sie soll 110 Teilnehmer gehabt haben, und von Störungen wurde mir bisher nichts bekannt.

Die Mahnwache in München auf dem Marienplatz fiel vor allem im Vorfeld dadurhauf, daß das zuständige Kreisverwaltungsreferat (Ordnungsamt) der Stadt München versuchte, sie auf den Montag und an einen anderen Ort zu verlegen. Damit scheiterten sie vor dem Verwaltungsgericht beziehungsweise Verwaltungsgerichtshof. Es muß den Bayerischen Innenminister Beckstein sehr geärgert haben, daß seine Leute vor Gericht weniger erfolgreich waren als deren Amtskollegen in Berlin.... –



Rudolf Heß: Seine Ehre galt ihm mehr, als die Freiheit

**Gedenkveranstaltung
zum 18.Todestag
mit Trauermarsch und
Rahmenprogramm**

**Sonnabend, 20.August 2005
in Wunsiedel,
Festplatz am
Burgermühlweiher*
ab 10:00 Uhr**

* Laut Anmeldung. Sollte uns der Festplatz wie im vergangenen Jahr untersagt werden, wird beizuteilen ein anderer Sammelpunkt bekannt gegeben.

Die Veranstaltung selber hatte (vielleicht gerade auch wegen der Medienresonanz und dem erfolgreichen Rechtskamp im Vorfeld) einen größeren Zulauf als die angemeldeten 25 Teilnehmer; es waren rund 70. Ihnen standen schätzungsweise sechs- bis siebenhundert Gegendemonstranten auf dem Marienplatz gegenüber.

Von einer Veranstaltung in Arnstadt mit ca. 35 Teilnehmern wurde mir erst später durch interne Quellen bekannt.

Infos zur Grauzone

Der Preis für die Grauzone liegt – genau wie bei den Anderen – bei 1€ und kann für diesen Preis bei uns per Post (siehe Bestellanschrift) bezogen werden. Um Geld zu sparen empfehlen wir euch Sammelbestellungen aufzugeben, denn ab 10 Ausgaben übernehmen wir das Porto.

Gesendet wird als Büchersendung (der Umschlag wird nicht verschlossen!!!). Wenn ihr lieber einen geschlossenen Umschlag haben wollt (wegen Eltern, Nachbarn etc.) wendet euch bitte per E-Mail an den Bestellservice (Porto wird teuer)!

Ein Text mit allen Informationen zur vierten Ausgabe der **Grauzone** findet ihr auf unserer Internetseite unter: ch

www.widerstand.info/text.php?id=571

Preisliste (inkl. Porto)

1 Ausgabe	2€
2 Ausgaben	3€
5 Ausgaben	6€
10 Ausgaben	10€
20 Ausgaben	20€
30 Ausgaben	30€
50 Ausgaben	45€
100 Ausgaben	90€
150 Ausgaben	130€
200 Ausgaben	170€

Jahresabonnement

Jahresabo	20€
Förderabo I	30€
Förderabo II	40€
Förderabo III	50€

V.i.S.d.P.:

Axel W. Reitz
Bonnstr. 12
50129 Bergheim

Bestellanschrift:

FW-Bestellservice
Postfach 1109
17431 Wolgast

bestellservice@freier-widerstand.net

Ebenfalls bestellbar über:

H8Store :: h8store.com
V7 Versand :: v7versand.com
WestVersand :: west-versand.net

Neben den Versänden ist die **Grauzone** auch auf vielen Demonstrationen erhältlich. Fragt einfach beim Lautsprecherfahrzeug, oder achtet auf entsprechende Hinweise.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Ausgabe bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten Eigentum des Herausgebers und ist im Falle der Nichtaushändigung unter Angabe des Grundes an den Absender zurückzusenden.

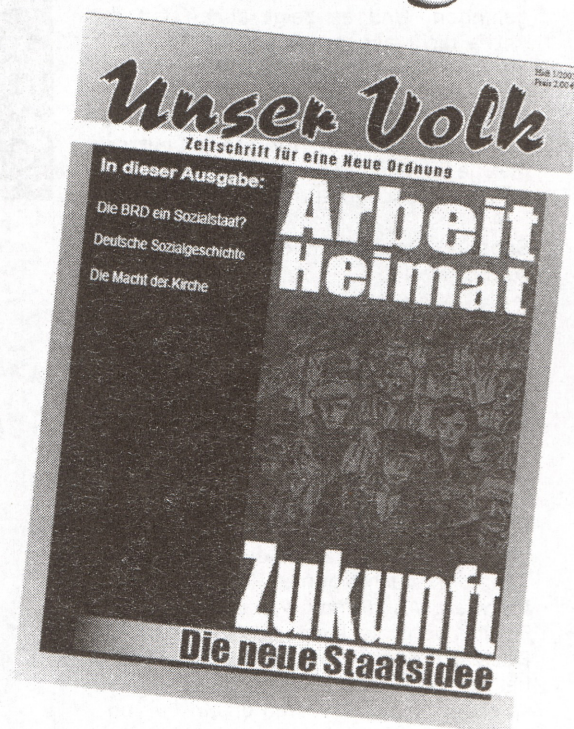
Kontakt:

www :: <http://freier-widerstand.net>
email :: mail@freier-widerstand.net

Die Deutsche Weltanschauung als Grundlage einer Neuen Ordnung!

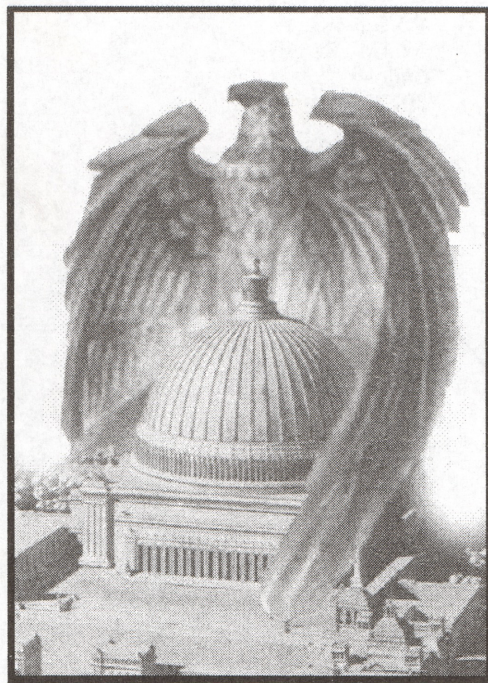
Die Zeitschrift „Unser Volk“, hat sich die Aufgabe gestellt, auf der Grundlage der Deutschen Weltanschauung, die wertemäßigen Pfeiler einer Neuen Ordnung mit zu schaffen und damit die Voraussetzung eines neuen Staates, eines neuen Deutschlands zu schaffen. Im Mittelpunkt dieser Schrift steht daher nicht das aktuelle politische Geschehen, sondern die Entwicklung und Prägung einer politischen Idee, für einen deutschen Staat nach der BRD.

Die Geschichte lehrt uns, daß jeder Veränderung mit systemprägendem Charakter eine entsprechende geistige Entwicklung vorausging. Am Anfang stand immer die tragende Idee, die die emotional bindende Kraft besaß, das Volk zu einen, und vor allem zu führen.



www.jugendverlag.de

DJV - PF 520211 - 12592 Berlin



In unserem Programm findet Ihr ein ausgewähltes Programm an weltanschaulichen, geschichtlichen und kulturellen Büchern. Um diese Wissensgebiete zu vervollständigen haben wir eine Menge antiquarische Titel mit im Angebot.

Neben Büchern bieten wir Ihnen auch Filmklassiker, Dokumentarfilme, sowie Musikträger an.

Wir liefern bei Vorkasse versandkostenfrei.

Weltanschauung - Geschichte - Politik

Deutscher Jugend Verlag